

PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

———— Nachdruck verboten ————

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 8. November 1916.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Kriegskosten Amerikas.

Von
Paul Abrecht, New York

Der nachfolgende Artikel ist mir bereits vor einiger Zeit zugegangen. Er gewinnt durch die inzwischen vollzogene Wahl des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten erhöhte Aktualität.

G. B.

„Preparedness“ — nationale Bereitschaft, ist das Lösungswort des demokratischen wie des republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie ist eines der diversen „Issues“, auf Grund deren der Wahlfeldzug ausgefochten wird. Hierbei hat Präsident Wilson seinem Freund und Gegner Charles E. Hughes eines voraus: Das Bereitschafts-Programm der Regierung liegt dem Kongresse bereits vor, und die gemeinsamen Ausschüsse für Heeres- und Marineangelegenheiten der beiden Häuser des Kongresses haben sich soweit auf die folgenden Budgets geeinigt: Das Komitee für die Armeebewilligungen hat eine Bill ausgearbeitet, laut der für Heereszwecke in den Etat ein Posten von 267 596 530 Dollar eingestellt werden soll; das Marine-Komitee beider Häuser ist mit seinen Beratungen noch nicht zu Ende, doch hat man sich auf einen vorläufigen Marine-Stat von 315 826 843 Dollar geeinigt, für welche Summe man innerhalb der nächsten drei Jahre insgesamt 157 Kriegsschiffe der verschiedensten Arten bauen will.

Sechshundsechzig Schiffe sollen sofort auf Kiel gelegt werden, nämlich acht Großkampfschiffe, vier Dreadnoughts und vier Schlachtkreuzer, vier kleine Kreuzer zu Aufklärungszwecken, zwanzig Torpedobootszerstörer, 30 U-Boote für den Küstenbewachungsdienst, (3 Tauchboote von je 800 Tonnen und 27 kleinere), ein Kohlenschiff, ein Munitionsschiff, ein Hospitalschiff und ein Kanonenboot. Die Pläne für die Großkampfschiffe hofft der Marine-Sekretär im Herbst fertig zu haben, und ihr Bau soll

bis zum 1. Januar an die in Betracht kommenden Werften vergeben sein. Die Vorlage enthält auch eine Bewilligung von 11 Millionen Dollar für den Bau einer Panzerplattenfabrik seitens der Regierung. Die Dreadnoughts sollen je etwa 32 000 Tonnen groß werden. Als Triebkraft sollen sie Elektrizität erhalten. Jedes erhält acht sechszehnzöllige Geschütze, die imstande sein sollen, den stärksten Panzer auf eine Entfernung von 17 000 Yards zu durchschlagen. Auf solche Entfernung wurden bei Stageral Treffer erzielt. Sämtliche Schiffspläne werden von Schiffsrhitekten der Bundesmarine entworfen werden. Zur Bemannung der neuen Schiffe sollen insgesamt an 80 000 Mann angemustert werden. 3½ Millionen sind zum Ankauf von Lenkluftschiffen des starren Systems bestimmt.

Der Kongreß bewilligt. Wie der Bundes-Schatzsekretär diese riesigen Summen, die ausnahmslos Extra-Bewilligungen darstellen, aufbringen will, ist seine Sache. Seine und die der Finanzkomitees beider Häuser des Kongresses. Die haben harte Nüsse zu beißen. Wer wird die Kosten letzten Endes tragen? Doch nur das Volk, und zwar durch Sonder-Steuern. Also was kann mehr Steuern, wer kann neue Steuern tragen? Gasolin? Automobile? Die Munitionslieferanten und -Fabrikanten? Kann die Einkommensteuer erhöht werden? Wird der „kleine Mann“ von dieser Erhöhung betroffen werden oder nur der wohlhabende, der, wie man behauptet, viel leichter ein paar tausend Dollar mehr entbehren kann, als der ums tägliche Brot Arbeitende Cent? Werden die Brauer, die Spi-

rituosen-Fabrikanten, die Sabakbarone, die Erzeuger von Patentmedizinen und kosmetischen Mitteln bluten müssen?

Man frage die Weisen im Kongreß, und sie raten einem zur Geduld. Sie haben den einzig sicheren Weg betreten, im Volke einen lebhaften „Bereitschafts-Patriotismus“ zu entflammen, haben Musik gemacht, und jetzt erst kommen sie mit dem lange Zeit laut und vernehmlich vaterländischen Klingelbeutel — „für die Herren Musikanten, wenn ich bitten darf“. Ganz Wall Street hat sich an der riesigen Bereitschafts-Parade in New York beteiligt; desgleichen hervorragende Bankiers und Munitions-Fabrikanten, und es wäre höchst unklug gewesen, ihren erfreulichen Patriotismus dadurch zu dämpfen, daß man ihnen die Schreckgestalt des Steuereintreibers vorführte. Vielleicht wären sie aus der herrlichen Parade ausgeschieden, die dadurch erheblich an Glanz und Glorie verloren haben würde.

Man hat es klugerweise auch vermieden, die Sonderbewilligungsvorlagen dem Kongreß vor den Nationalkonventen der großen Parteien zu unterbreiten. Denn in diesen Konventen sind viel weitere schöne Worte über Bereitschaft gefallen. Millionen Worte, deren jedes zumindest einen Dollar guten Geldes wert war. Vielleicht sogar mehr. Jetzt, nachdem die Kandidaten aufgestellt, die Parteiprogramme fertig sind, jetzt, wenn Ueberpatrioten wie „Frieden = um = jeden = Preis = Redner“ sich für die Stump-Kampagne zurechtfinden, jetzt, wenn angesichts der Hitze Senatoren wie Abgeordnete froh sind, sobald wie möglich das Tagespensum im Capitol zu Washington zu erledigen, jetzt ist der psychologische Moment da, wo man das freie und unabhängige Volk der Vereinigten Staaten zur Kasse laden kann. Und wenn die Herren Gesetzgeber in der Bundeshauptstadt erst einmal mit ihrer Tätigkeit zu Ende sind, steht zu erwarten, daß so mancher Patriot, der mit zu den lautesten Bereitschaftsschreibern gehörte, plötzlich ganz kleinlaut geworden sein wird, sobald er merkt, daß es ihm an den Beutel geht.

Noch sind Heeres- und Marineetat nicht genehmigt, noch fehlt ihnen die Unterschrift des Präsidenten, aber die Finanzleute im Kongreß sind bereits heftig an der Arbeit, neue Steuerquellen zu erschließen. Am ersten scheint man sich dahin geeinigt zu haben, daß die Munitionsfabrikanten einen erheblichen Teil ihrer enormen Verdienste auf die kräftigen und bereitwilligen Schultern Onkel Sams abladen könnten. Das Finanzkomitee des Senats hat sich zu dieser Großtat aufgerafft und hat eine Steuer von 10% des Nettoprofits sowohl auf das fertige wie auf das Zwischenprodukt der Munitionsfabriken vorgeschlagen, sodaß unter Umständen, wo mehrere Firmen an der Herstellung und dem Verkauf eines bestimmten Artikels beteiligt sind, die neue Bundessteuer eine ganz erkleckliche Summe abwerfen dürfte. Von ihr betroffen werden Pulver und andere Explosivstoffe; Patronen, gefüllte

wie ungefüllte, Patronenhülsen und Zündpillen; Geschosse, Granaten, Torpedos jeder Art, Schrapnells, geladene wie leere, Zünder und fertige Geschosse; Schußwaffen jeder Art nebst Zubehör, eingeschlossene Handfeuerwaffen, Kanonen, Maschinen-gewehre, Gewehre, Bajonette; elektrisch betriebene Motorboote, Untersee- und Tauchboote, sowie schließlich irgendwelche Teile der genannten Artikel mit Ausnahme des Pulvers.

Die Steuer soll auf den Reinverdienst an ihrem Verkauf oder ihrer Veräußerung gelegt werden, und zwar bis auf ein Jahr nach Beendigung des jetzigen Krieges.

Der Armees- und Marinevoranschlag erreicht die schwindelhafte Höhe von 583 423 373 Dollar. Man wird bei seiner Durchberatung wohl da und dort noch Abstriche machen, hauptsächlich beim Marineetat, aber an die Stelle der Abstriche werden die doch gewissermaßen auch zu den Kosten der Bereitschaft zu rechnenden Bewilligungen für Hafenerbesserungen, Uferkorrekturen der großen Ströme u. dergl. treten, ferner noch allerlei unvorhergesehene Bewilligungen, sodaß die Gesamtsumme weit mehr als die Hälfte der Gesamtkosten des nationalen Haushalts — ausschließlich des Postdienstes — für das Rechnungsjahr 1916, das mit dem 30. Juni abgelaufen ist, betragen wird.

Der Postdienst kostete die Vereinigten Staaten 308 Millionen Dollar, doch blieben die Einnahmen um nur ungefähr 10 Millionen hinter den Ausgaben zurück, sodaß das Postdefizit ungefähr in Wirklichkeit sich wie die kleine Portokasse ausnimmt im Vergleich mit den Kosten nationaler Bereitschaft.

Die Einkommensteuerschraube wird um einige Windungen angezogen werden. Die Demokraten im Senats-Finanzkomitee hatten beschlossen, die Grenze der Steuerfreiheit für Verheiratete von 4000 auf 3000, für Ledige von 3000 auf 2000 Dollar herabzusetzen. Hiergegen erhob sich aber im ganzen Lande ein solcher Sturm von Protesten, daß man diesen Plan alsbald fallen ließ und dafür die Rate für die unterste Klasse der Steuerpflichtigen von 1% auf 2% erhöhte. Einkommen über 2 Millionen Dollar werden, wenn die Bill durchgeht, statt der bisherigen 10 in Zukunft 13 v. H. bezahlen, vielleicht sogar noch etwas mehr. Die Finanzkünstler sind noch an der Arbeit, und es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommen wird.

Im letzten Jahre betrug die Bewilligungen für Heereszwecke 104 Millionen, für Marinezwecke 145 Millionen, zusammen fast also eine Viertelmilliarde. Die Heeres- und Marineetats für 1916 dürften diese Summe jedoch angesichts diverser inzwischen gemachter Extrabewilligungen übersteigen. Tatsächliche Ausgaben für Militärzwecke im Jahre 1915 (das Fiskaljahr der Bundesregierung läuft jeweils am 30. Juni ab) betrug 115 813 841.24 Dollar, die Marine kostete im selben Zeitraum 141 835 653,98 Dollar. Der Voranschlag für 1916 war etwas höher, nämlich 117 637 000 für das Heer und 150 Millionen für die Marine. Das Marinebudget schloß ungefähr

40 Millionen für Durchführung des Bauprogramms ein. Die Gesamtausgaben Onkel Sams, man könnte sie seine laufenden Haushaltskosten nennen, beliefen sich für das am 30. Juni 1916 zu Ende gegangene Jahr laut Bericht des Schatzamts auf 716841000 Dollar, einschließlich des Post-Defizits.

Diese Summe nimmt sich gering aus im Vergleich zu den Kriegskrediten, die den gebeugten Schultern Europas aufgeladen werden; sie ist aber um 100 Millionen mehr als das veranschlagte Einkommen der Bundesregierung. Als der Kongreß sich letzten Dezember zur Session versammelte, betrug der Voranschlag des Bundeseinkommens auf Grund bestehender Steuergesetze 603500000 Dollar. Der Rückgang der Einfuhr hatte die Zolleinnahmen im Jahre 1915 um mehr als 82 Millionen heruntergedrückt. Die Einnahmen aus allerlei Inlandssteuern waren um ungefähr 25 Millionen gesunken. Wäre die Kurve weiter in absteigender Richtung gegangen, so hätte, falls die „Bereitschafts-Vorlagen“ dieselben Ziffern aufgewiesen hätten, die sie heute aufweisen, die Regierung sich genötigt gesehen, weitere 350 Millionen durch neue Steuern aufzutreiben.

Nun hat aber im Verlauf der großen Prosperitätswelle, die seit Beginn des Jahres eingesetzt, verschiedenes sich ereignet. Die Binnensteuern warfen um 40 Millionen mehr ab, als angenommen war, die Zolleinnahmen stellen sich um 20 Millionen mehr, als im Dezember-Voranschlag vorgesehen war, und aus der Einkommensteuer werden 20 Millionen mehr erzielt, als man erwartete.

Trotzdem bleibt ein Defizit von annähernd 200 Millionen zu decken. Nicht, als ob in einem solchen Defizit eine nationale Gefahr läge. Wenn man bedenkt, daß allein die im Fiskaljahre 1915 ausgeführten landwirtschaftlichen Produkte einen Wert von einer Milliarde 470 Millionen Dollar hatten, verschwinden diese 200 Millionen Extra-Versicherung für nationale Bereitschaft fast vollständig. Die Jahreseinkünfte sämtlicher amerikanischen Farmen erreichen annähernd 10 Milliarden Dollar, und die Nation wäre imstande, ihre ganze Staatsschuld aus dem Erlös einer einzigen Baumwoll- oder Heuernte zu tilgen. Allein die Zinsen auf die Kriegsschulden Europas betragen mehr als Amerikas Ausgaben für nationale Bereitschaft. Und die Vereinigten Staaten sind die an Volksvermögen wie natürlichen Hilfsquellen reichste Nation der Welt. Amerikas Nationalvermögen wird auf nahezu 188 Milliarden Dollar geschätzt; an nächster Stelle steht England mit 130 Milliarden, dann folgen Deutschland mit 80, Frankreich mit 50, Rußland mit 40, Oesterreich-Ungarn mit 25 und Italien mit 20 Milliarden Dollar veranschlagten Volksvermögens. Selbst die am wenigsten begüterte aller dieser Nationen, Italien, prosperierte vor dem Kriege trotz einer Nationalschuld, die nahezu dreimal so groß war, wie die Onkel Sams.

Der Jaghafte hierzulande, dem beim Gedanken an die Steuern, die er für Amerikas nationale Bereitschaft zu zahlen haben wird, schaudert, mag sich

mit dem Gedanken trösten, daß der Krieg Europa jährlich 30 bis 40 Milliarden Dollar kostet. England allein läßt sich alle paar Monate eine neue Schuld von zwei bis drei Milliarden Dollar auf; Deutschland hat das erste Halbhundert — allerdings in Mark — seit Kriegsausbruch erreicht. Amerikas Nationalschuld ist nicht viel mehr als eine Milliarde Dollar. Vor dem Kriege betrugen Deutschlands Reichsschulden fast viermal so viel; heute haben sie den zehnfachen Betrag erreicht. Frankreich schuldet vor dem Kriege sechs und ein Drittel Milliarden Dollar, es schuldet heute über zehn.

Von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet: Amerika gibt jährlich mehr als zehnmal soviel für die lederen Produkte des Zuckerbäckers aus, als die Zinsen auf seine Nationalschuld betragen. Wirklich, es ist nicht der mindeste Grund zur Beforgnis wegen des Standes unserer nationalen Finanzen vorhanden. Aber deshalb ist es doch angebracht, daß das Volk dem Kongreß auf die Finger sieht, wenn es sich um die Aufbringung von Mitteln für die laufenden und für außerordentliche Ausgaben des Bundeshaushalts handelt. Wenn's aus Steuerzahlen geht, das betrachten doch sehr wenige unserer geschätzten Zeitgenossen als nebensächliche Kleinigkeit, wie groß auch unser landwirtschaftlicher und industrieller Reichtum, wie reich auch unsere natürlichen Hilfsquellen sein mögen. Und wenn es sich um eine Steuer auf Gasolin oder auf Autos handelt, dann ist der Landwirt mindestens ebenso interessiert, wie der Städter. Er mag vielleicht ein noch größeres Interesse am Zolltarif nehmen, aber dies gehört nicht hierher, da die Gelder, aus denen die Kosten der nationalen Bereitschaft bestritten werden sollen, ausschließlich aus Quellen im Lande selbst geschöpft werden sollen, nicht aber aus den Zolleinkünften.

Im allgemeinen gibt es überhaupt keine Art der Besteuerung, die bei allen Schichten der Bevölkerung gleich populär wäre — wenn man diesen Ausdruck bei Steuern überhaupt gebrauchen darf. Am populärsten, d. h. von der großen Masse des Volkes am beifälligsten aufgenommen, ist noch die Steuer auf Luxusartikel und auf große Einkommen. Der Einkommensteuer wurde die heftigste Opposition gemacht, und tatsächlich wurde ihre Einführung auch jahrelang durch die wohlorganisierte Macht derer hintangehalten, die eine Schmälerung ihrer Einkünfte am meisten befürchteten und doch am leichtesten ertragen konnten. Jetzt, da wir sie haben, nimmt man sie so ziemlich als etwas Selbstverständliches hin.

Die enragierten Schutzöllner haben seit langem behauptet, daß es irgend welcher Extrasteuern überhaupt nicht bedurft hätte, hätte man den Zolltarif in Ruhe gelassen; aber die Tarifreformer können mit Statistiken aufwarten, die dartut, daß der Zolltarif jenen Sonderinteressen von größtem Vorteil war, die dadurch billige Importware dem Lande fernhielten und für ihre eigenen tarifgeschützten Erzeugnisse verlangen konnten, was ihnen beliebte.

Bespricht man die Sachlage mit den Brauern und den Schnapzbrennern, so hört man auch von dieser Seite nichts als Klagen. Sie werden schlecht und unbillig behandelt. Sie haben nicht nur die hohen Alkziseuern zu zahlen, sondern auch Korporationssteuern und Einkommensteuern. Es ist rein zum Verwundern, daß sie sich trotzdem die elegantesten Autos leisten können.

Die Bankiers, die Makler sind höchst ent-rüstet über die ihnen auferlegten Spezialsteuern. Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß im ganzen Lande, man weiß nicht warum, die Ansicht vorherrscht, daß diese Leute es verstehen, sich irgendwie an ihren Kunden schadlos zu halten. Solche Praktiken dürfte man den guten Brauern und den braven Schnapzbrennern nicht nachsagen. Ihnen würde es niemals einfallen, die in Form von Steuern ausbezahlten Millionen dadurch wiederzuerlangen, daß sie ihre Produkte ein klein wenig „strecken“ oder daß mal ein Fäßchen oder ein Fläschchen ein paar Tropfen weniger enthält, als sie enthalten sollten. Das wäre ja eine Benachteiligung der Kunden!

Und ein Anwalt, würde er es sich je in den Sinn kommen lassen, die Stempelmarke, die er auf eine Liegenschaftsübertragungsurkunde klebt, seinem Klienten in Anrechnung zu bringen? Würde er? Na, vielleicht gelegentlich mal.

Wir haben seit dem Kriege eine Bundessteuer auf telephonische Ferngespräche, auf Frachtbriefe. Wer zahlt die? Doch sicher nicht die Telephongesellschaften und nicht die Expresz- und Expeditionsgesellschaften. Das wäre doch eine völlig ungerechtfertigte Schmälerung korporativer Einkünfte. Der Herr Verbraucher zahlt! Er zahlt bei Entgegennahme seiner Quittung bei Auslieferung seines Pakets in der Expresz-Office seinen Cent, er zahlt seinen Cent, wenn er eine Depesche wegschickt, er zahlt ihn, wenn er telephoniert. Und da es sich nur um einen Penny handelt, macht ihm das weiter nicht viel aus und er vergißt's bald.

Die laufenden Ausgaben des Bundeshaushalts wurden bis zum Jahre 1910 ausschließlich aus Zoll- und Binnensteuereinkünften bestritten. 1910 trat das Korporationssteuergesetz in Kraft. 1914 vermehrte sich die Liste um eine Korporations-Alkzisesteuer, eine Korporations-Einkommensteuer und um die individuelle Einkommensteuer. Notwendigerweise ist seit dem Kriege die Tendenz auf Erweiterung der Binnensteuern gerichtet. Und wenn es sich um die Kosten der nationalen Bereitschaft handelt, müssen wir eine weitere Expansion dieser Art Steuer erwarten. Unsere Einkünfte aus Binnensteuern beliefen sich in dem am 30. Juni 1915 zu Ende gegangenen Jahre auf 415 681 023,86 Dollar, die aus den folgenden Quellen stammten:

Destillierte Spirituosen, einschließlich Wein	139 462 262,69 Doll.
Tabakprodukte inkl. Zigarren, Zigaretten und Schnupftabak	77 470 757,18 „
Gegohrene Getränke (Malzgetränke)	78 460 380,97 „

Stempelsteuern	20 494 474,75 Doll
Parfüms, Schönheitsmittel usw.	2 961 490,59 „
Spezialsteuern	14 281 074,42 „
Margarine	1 108 342,44 „
Mischbutter oder umgearbeitete (renovierte) Butter	108 491,76 „
Spielkarten	673 847,54 „
Opium, zu Rauchzwecken verarbeitet	2 068,77 „
Mischmehl	4 767,14 „

Hierzu kommen verschiedene kleinere Beträge, Reuegelder, Strafgeelder, Gelder aus der auf die Bahnen in Alaska erhobenen Einkommensteuer, Gelder für Cotton Futures, sowie die großen Posten Korporations-Einkommensteuer 39 144 531,71 Dollar und Individuelle Einkommensteuer 41 016 162,09 Dollar, so daß die Gesamtsumme sich auf 415 681 023,86 Dollar stellt.

Von dieser Summe kamen etwas über 52 Millionen aus den Kriegssteuern, die seit dem 23. Oktober 1914 auf Weine, Champagner, Liköre, Traubenspiritus zum Mischen mit Süßweinen, Bier, Ale, Tabakfabrikate, den Verkauf von Tabak, Zigarren und Zigaretten, auf Dokumente, Bank- und Maklerttransaktionen, Parfüms, kosmetische Mittel und dergleichen erhoben werden.

Als Schatzamtssekretär Mc. Udoo zu Jahresbeginn seine Bilanz zog, entdeckte er ein Defizit von nahezu 113 Millionen, das bis zum Schluß des Fiskaljahres am 30. Juni 1917 zu decken war. Was der Kongreß inbezug auf nationale Bereitschaft tun würde, konnte Herr Mc. Udoo damals nicht ahnen. Er rechnete damit, daß die Regierung eine Neubewilligung von 93 800 000 Dollar für Heer und Marine und 25 Millionen für den Panamakanal fordern würde.

Herr Mc. Udoo war sehr optimistisch in bezug auf die Deckung seines veranschlagten Defizits und berichtete dem Kongreß, wie folgt:

„Mit der Rückkehr des Friedens in Europa werden die Einkünfte aus den Zöllen zweifellos wieder steigen, und mit der Zeit wird ein großer Teil der im Jahre 1915 verlorenen Einkünfte ersetzt werden.“

Das gesamte auf der vorerwähnten Basis veranschlagte Defizit für das Rechnungsjahr 1917, im Betrage von 112 806 394,92 Dollar, worin die aus dem Generalfonds zu bestreitenden laufenden Unterhaltungskosten des Panamakanals für die Jahre 1916 und 1917 eingeschlossen sind und Vorsorge getroffen ist für die Aufrechterhaltung eines ständigen Arbeitsfonds von 50 Millionen Dollar im Schatzamt — kann mit Leichtigkeit durch Inlandsteuern beigetrieben werden, ohne daß das amerikanische Volk dadurch merkbar belastet würde.

Die Hilfsquellen und der Reichtum des Landes sind so groß und in so rascher Zunahme begriffen, daß den Bedürfnissen der Regierung hinsichtlich seiner normal wachsenden Aufgaben und der Durchführung ihres größeren Programms nationaler Verteidigung und Bereitschaft mühelos entsprochen werden kann.

Es wird daher vorgeschlagen, daß es wohl angebracht erscheint, einer Erhöhung der Steuerraten auf individuelle und korporative Einkommen als Mittel zur gänzlichen oder teilweisen Beschaffung der zur Deckung der neuen Ausgaben nötigen Gelder, Aufmerksamkeit zu schenken.

Neben der Erhöhung der Raten könnte die Steuerfreiheit der Einkommen Lediger bis zu 3000 Dollar und Verheirateter bis zu 4000 Dollar sehr gut auf 2000 Dollar bezw. 3000 Dollar erniedrigt werden, ohne daß jemand dadurch Schaden geschähe. Die Zusatzsteuer könnte bei 10000 Dollar oder 15000 Dollar beginnen, anstatt, wie nach dem jetzigen Gesetz, bei Einkommen von 20000 Dollar an. Eine Steuer könnte ferner erhoben werden auf Produkte wie Gasolin, Rohöl und raffiniertes Öl, die Pferdekraft von Automobilen und anderen Kraftmaschinen, sowie auf andere Dinge, wo die Beitreibung der Steuer an der Quelle und mit Sicherheit und unter geringem Kostenaufwand erfolgen könnte.“

Man kann dem Herrn Säckelwart Onkel Sams nicht nachsagen, daß seine Darlegung ein besonders cholertisches Temperament verriete. Er macht sich die Sache leicht und nimmt sie gemächlich, und seine Logik wäre wohl dieselbe, auch wenn das Defizit statt 100 Millionen 300 betrüge. Es war dem Schatzsekretär damals noch nicht eingefallen, die „War Brides“, die Kriegssaktien, oder die verschiedenen Organisationen und Individuen zu besteuern, die aus dem Verkauf oder der Fabrikation von Munition Millionen über Millionen gemacht haben. Vielleicht aber auch geschah es absichtlich und mit Vorbedacht, daß man diese edlen Profitmenschen sich heiser schreien ließ nach einem weitreichenden und großzügigen Bereitschafts-Programm, und dann plötzlich und unerwartet, wenn vielleicht auch nicht ganz schmerzlos, das Messer der Bundessteuer an ihre Geldböden ansetzte.

Es hat sich denn auch gegen die Besteuerung der Munitionsfabrikanten und Kriegslieferanten keine Stimme erhoben, die von außerhalb des engeren Zirkels der Beteiligten gekommen wäre. Von innen heraus hat es allerdings ein mächtiges Getöse gegeben, diemeil die Regierung die Herrschaften nicht allein mit Korporations- und individueller Einkommensteuer belegt, sondern ihnen nun auch noch einen Teil des sauer erworbenen Blutgeldes abknöpfen will. Und wenn die Zusatzsteuer auf Einkommen über 20000 Dollar nun auch noch erhöht wird, dann werden sie sich zum Protest ebenso heiser schreien, wie sie sich vorher in Begeisterung für „Preparedness“ heiser geschrien haben. Sie werden von Diskriminierung und konfiskatorischer Gesetzgebung sprechen, und des Jammerns und Heulens und Wehklagens wird kein Ende sein — wenigstens nicht solange, bis man neue Kontrakte von den Alliierten in Europa zu erhöhten Preisen in Händen hat.

Was immer aber auch ihre Klage und Beschwerde sein möge, sie werden beim Volke auf recht geringes Verständnis für ihre Notlage und auf noch weniger Sympathie stoßen. Man hat ihnen die Jahre

nicht vergessen, während derer sie die heimische Regierung mächtig zur Ader gelassen haben. Man wird ihnen auch die unzähligen Geschichten vorhalten, die betreffs der ungeheuren Vermögen im Umlauf sind, die sie aus dem Elend und dem Entsetzen in Europa kaktlächelnd — neutral-kaktlächelnd — herausgeschunden haben.

Sie haben mit Uebereifer Agitation und Propaganda getrieben für „nationale Bereitschaft“, und, da jetzt der Kongreß im Begriffe steht, ihnen den Willen zu tun, weit mehr, als sie erwartet haben, stellt sich das Volk auf den erklärlichen Standpunkt, daß sie auch den größtmöglichen Anteil an den Kosten übernehmen sollten.

Der Jahresbericht des Bundes-Schatzamts ist der reine Rebus. Es gehört Geduld und unverwundlicher Optimismus dazu, will man sich in ihm zurechtfinden. Liest man ihn auf eine Art, so kommt man zu dem Schluß, daß Onkel Sams Einkommen ungefähr genau die Hälfte seiner Ausgaben ist. J. B. liest man, daß das auf der Wirkung der Emergency Revenue Akte und die Aufhebung des Zuckerzolls von einem Cent pro Pfund basierte Gesamtinkommen für das Jahr 1917 sich auf 603 500 000 Dollar beläuft, während der gesamte Kostenvorschlag des Regierungshaushalts für denselben Zeitraum 1 286 000 000 Dollar beträgt. Letztes Jahr war die Summe 1 091 000 000 Dollar. Aber wie man sich eben über diese erstaunliche Differenz zu wundern beginnt, ersieht man, daß von den Haushaltskosten der Postetat im Betrage von 324 000 000 Dollar, die Zinsen auf die Nationalschuld und eine ganze Anzahl anderer Posten abzuziehen sind, bis man schließlich auf einen Kostenvorschlag von 857 951 000 Dollar kommt. Es bleibt immerhin noch ein Uberschuß an Ausgaben über die Einnahmen in Höhe von 254 451 000 Dollar.

Damit hört die Rechenkunst jedoch noch nicht auf. Man liest weiter und wird gewahr, daß am 30. Juni 1916 in der Bundeskasse ein Guthaben von 76 644 605.44 Dollar hätte sein sollen oder sein muß oder müßte. Man zählt diese Summe den Gesamteinnahmen hinzu und erhält 680 144 605 Dollar. Man ist dann nur noch etwas mehr als 177 Millionen in der Kreide. Ist man soweit, dann wartet Mc. Adoo mit einigen weiteren unerwarteten Hilfsquellen auf und ersucht, daß man die Verlängerung der „Emergency Revenue Akte“ mit 82 Millionen, die Beibehaltung des Zuckerzolls mit 45 Millionen buche. Dies sieht schon besser aus, und wir verzeichnen jetzt nur noch etwas über 50 Millionen auf der Soll-Seite unseres nationalen Hauptbuches. Aber wir dürfen in Zeiten wie die jetzigen das Schatzamt nicht gänzlich ohne Fonds lassen. 50 Millionen müssen jederzeit zur Verfügung stehen. Ferner brauchen wir 12 Millionen für Forderungen, für unvorhergesehene Auslagen und für im Voranschlag enthaltene, aber unbeibringliche Posten. Auf diesem Wege gelangte der Schatzsekretär zu dem Schluß, daß wir weitere Einkünfte in Höhe von 112 806 394.22 Dollar beschaffen müßten. Das war natürlich nur geraten.

Aus Zöllen, Einkommen- und Binnensteuern ergab sich ein Mehrbetrag von 80 Millionen. Zieht man diese ab, so müssen wir nunmehr nur noch 32 806 394,22 Dollar aufbringen. In dieser Hinsicht war Herr Mc. Paddock also pessimistisch. Andererseits war er es nicht. Er hat nicht vorausgesehen, wie generös der Kongreß sein kann, wenn man ihm mit „Preparedness“-Geschrei ordentlich in den Ohren liegt. Er rechnete auch hinsichtlich der Kriegssteuern (Emergency Revenue) und der Zuckersteuern auf weit höhere Einkünfte, als diese tatsächlich abwarfen. Das zu deckende Defizit ist denn auch näher an 200 als an 100 Millionen Dollar.

Es wäre für die Regierung verhältnismäßig leicht gewesen, die Kosten der Bereitschaft und alle anderen außerordentlichen Ausgaben aus dem Erlös einer Bonds-Emission zu bestreiten. Am 30. Juli 1915 belief sich unsere gesamte verzinsliche und unverzinsliche Schuld auf 1 344 241 104,16 Dollar. Hierein eingeschlossen sind die gesamten bis jetzt emittierten Panamakanal-Bonds zum Betrage von 134 631 980 Doll. Für den Kanal ist eine Bondsausgabe in Höhe von 375 200 980 Doll. autorisiert, sodaß ein autorisierter aber nicht emittierter Rest von 240 569 000 Dollar zur Verfügung steht. Die Regierung beabsichtigt jedoch nicht, weitere Bonds zur Bestreitung der Kosten nationaler Bereitschaft oder

zur Deckung anderer Bundes-Ausgaben zu verkaufen.

In nächster Zeit ist Präsidentenwahl. Der Kongreß wird sich mächtig anstrengen müssen mit der sinnigen Beschäftigung an der Steuerfahrbahn, und man wird allerlei interessante Jongleurkünste mit Ziffern und Zahlen zu bewundern Gelegenheit haben. Ebenso mit Vorausschlägen und schätzungsweisen Budgets. Es wird auch interessant sein, die Stimme der Industrie-Barone zu vernehmen, die hinter den „Navy Leagues“, den „Army Leagues“, den Flotten- und Heeresvereinen und den Verbänden für nationale Bereitschaft standen, wenn erst einmal der Kongreß anfängt, die Zusatzsteuern auf Einkommen zu erhöhen, und wenn die Bills zur Sprache kommen, laut deren Munitionsprofite gehörig zur Aber gelassen werden sollen. Die Debatten im Kongreß dürften ebenso interessant und lehrreich werden, wie die eigentlichen „Bereitschafts-Debatten“ es waren. Auch das allgemeine Interesse hieran wird reger sein, denn jedermann wird begierig sein zu erfahren, inwieweit die neuen Steuern seinen eigenen Geldbeutel in Mitleidenschaft ziehen.

Der eine einzige und absolut sichere Gewinner bei der ganzen Geschichte wird jener abstrakte und unwillkommene Herr sein, dessen Visitenkarte die ansprechende Aufschrift trägt: „Hohe Lebenskosten“.

Schadenersatz wegen Erhebung des Differenzeinwandes?

Von

Rechtsanwalt Dr. Hugo Waldeck-Berlin.

Ueber diese für Bankkreise wichtige Frage hat das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 8. Februar 1915 (VI, 566/14) zu urteilen gehabt. Der Sachverhalt war typisch für Prozesse, wie sie oft zwischen Bankiers und Kundschaft vorkommen. Das Urteil hat daher über den Einzelfall hinaus Bedeutung. Der Tatbestand war kurz folgender: Der klagende Bankier hatte durch seinen Agenten mit dem beklagten Kunden — einem Nichtkaufmann — Börsentermingeschäfte in an der Londoner Börse gehandelten Wertpapieren abgeschlossen. Die Geschäftsverbindung dauerte ca. zwei Jahre. Schließlich war der Kunde dem Bankier einen größeren Betrag schuldig geworden und gab ihm über den größten Teil seiner Terminalschulden Wechsel, die der Bankier weiter begab. Die von seinen Rechtsnachfolgern angestregten Wechselklagen wurden indessen abgewiesen, zum Teil schon im Wechselverfahren, zum andern Teil erst im Nachverfahren, weil die der Wechselschuld zugrunde liegenden Geschäfte unwirksame Börsentermingeschäfte waren. Einer vom Beklagten gegen den Kläger auf Freihaltung von den Wechselverbindlichkeiten angestregten Klage wurde in allen drei Instanzen stattgegeben. Die Fir-

men, welche gegen den Beklagten die Wechsel eingeklagt hatten und aus dem Wechselurteil vollstreckt hatten, hatten dem Beklagten den ihm aus der Vollstreckung erwachsenen Schaden ersetzen müssen und ihrerseits gegen den Bankier Regreß genommen.

Mit der neuen Klage verlangte der Bankier nunmehr auf Grund der §§ 823, 826 Ersatz des Schadens, den er durch tatsächliche Aufwendungen und Einbußen auf Grund der Geschäftsverbindung erlitten hatte, und den er zunächst auf etwa 91 000 M. und dann nach Abzug von ca. 23 500 M. Prozeßkosten aus den Vorprozessen auf ca. 71 000 M. bezifferte. Seine Klage wurde vom Land- und Oberlandesgericht abgewiesen. Auch die Revision des Klägers war erfolglos, da die Beweisaufnahme seine tatsächlichen Behauptungen nicht bestätigte hatte. Aus der Begründung des reichsgerichtlichen Urteils ergibt sich aber, daß unter ganz besonderen Umständen die Erhebung des Differenzeinwandes zum Schadenersatz soll verpflichten können.

Eine Schadenersatzpflicht ist, um dies vorweg zu nehmen, nach Ansicht des höchsten Gerichtshofs dann nicht gegeben, wenn ein Kunde von vornherein die Absicht gehabt hat, im Verlustfalle die Unklagbar-

keit der mit dem Bankier geschlossenen Geschäfte geltend zu machen. Hierin liegt nach Ansicht des Reichsgerichts kein Verstoß gegen den allein in Frage kommenden § 826, der wie folgt lautet:

„Wer in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatze des Schadens verpflichtet.“

Dieser Standpunkt des Reichsgerichts entspricht der herrschenden Meinung, wonach in den Prozessen, in welchen der Kunde auf Zahlung von Differenzen verklagt wird, es gar nicht erst der „Erhebung eines Differenzeinwandes“ bedarf, um die Klage des Bankiers zur Abweisung zu bringen, sondern das Gericht ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die vom Bankier geltend gemachte Forderung rechtlich begründet ist oder nicht. Das Gericht hat also zu prüfen, ob der Kunde zu den in § 53 des Börsengesetzes genannten börsenterminfähigen Personen gehört, die rechtlich zur Zahlung der Differenzen verpflichtet sind.*)

Nur wenn der Kunde aus Wechseln, die er für die Terminalschulden gegeben hat, verklagt wird, oder wenn er gegen den Bankier Klage auf Freihaltung von den Wechselverbindlichkeiten erhebt (vgl. Entscheidung des Reichsgerichts) oder wenn er z. B. in einer notariellen Urkunde oder sonstwie seine Terminalschuld anerkannt und zu zahlen versprochen hat, ist er, wenn er von dem ihm gesetzlich zustehenden Rechte, nicht zu zahlen, Gebrauch machen will, seinerseits gezwungen, darzutun, warum er aus den mit dem Bankier geschlossenen Geschäften nicht verpflichtet ist, d. h. den Differenzeinwand zu erheben. Daß hierin an sich keine Arglist zu erblicken ist, hat das Reichsgericht schon früher anerkannt.

*) § 53 Börsengesetzes: Das Geschäft (das heißt das Börsentermingeschäft) ist verbindlich, wenn auf beiden Seiten als Vertragsschließende Kaufleute, die in das Handelsregister eingetragen sind oder deren Eintragung nach § 36 des Handelsgesetzbuchs nicht erforderlich ist, oder eingetragene Genossenschaften beteiligt sind. Personen, deren Gewerbebetrieb über den Umfang des Kleingewerbes nicht hinausgeht, gehören, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht zu den Kaufleuten im Sinne dieser Vorschrift.

Den im Absatz 1 bezeichneten Kaufleuten stehen gleich:

1. Personen, die zur Zeit des Geschäftsabschlusses oder früher berufsmäßig Börsentermingeschäfte oder Bankiergeschäfte betrieben haben oder zum Besuch einer dem Handel mit Waren der bei dem Geschäft in Frage kommenden Art oder einer dem Handel mit Wertpapieren dienenden Börse mit der Befugnis zur Teilnahme am Börsenhandel dauernd zugelassen waren;
2. Personen, die im Inlande zur Zeit des Geschäftsabschlusses weder einen Wohnsitz noch eine gewerbliche Niederlassung haben.

Neu an dem eingangs erwähnten Urteil ist die ausdrückliche Aufstellung des Grundsatzes, daß auch derjenige Kunde, welcher von vornherein die Absicht gehabt hat, im Verlustfalle die mangelnde Rechtsverbindlichkeit der Geschäfte geltend zu machen, nicht Schadenersatzpflichtig ist.

Dagegen — und dies gibt dem besprochenen Urteil ein über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Interesse — ist nach den Entscheidungsgründen des Urteils „eine andere Frage“, ob dies auch dann zutreffen würde, wenn erstens der Kunde geüffentlich durch Hinweis auf die ihm übertragenen Ehrenämter und geachtete gesellschaftliche Stellung den Anschein erweckt haben sollte, bei ihm wäre ein solches Verhalten nicht zu gewärtigen, während er in Wahrheit die Absicht hatte, später im Verlustfalle die Unklagbarkeit einzuwenden, und wenn zweitens durch ein solches Auftreten der Bankier zur Eingehung der Geschäfte mit ihm bestimmt wurde. Die Frage wird in dem Urteil vom Reichsgericht nur aufgeworfen, aber nicht beantwortet. Das Reichsgericht brauchte zur Frage selbst nicht Stellung zu nehmen, da das Berufungsgericht die auf sie bezüglichen tatsächlichen Voraussetzungen verneint hatte. Aus dem Umstande aber, daß das Reichsgericht genau prüfte, ob das Berufungsgericht zur Verneinung der Voraussetzungen unbeeinflußt von Rechtsirrtümern gekommen ist, kann geschlossen werden, daß der entscheidende Senat des Reichsgerichts zur Bejahung der Frage an sich neigt, wenn es dies auch nicht noch besonders zum Ausdruck gebracht hat. Möglicherweise hatte der Senat Bedenken, einen derartigen Grundspruch zu tun, da er sich sonst mit anerkannten Grundsätzen des deutschen Rechts in unlöslichen Widerspruch gesetzt hätte; denn die deutschen Gesetze stehen auf dem Standpunkt, daß Forderungen aus dem Spiel — also auch aus dem Spiel an der Börse — Anspruch auf Rechtsschutz nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen genießen. Der Bankier, der mit einem nicht börsenterminfähigen Kunden handelt und sich keine nach § 54²⁾ des Börsen-

2) § 54 Börsengesetzes: Betrifft das Geschäft Wertpapiere und gehört der eine Teil nicht zu den Personen, die nach § 53 Börsentermingeschäfte abschließen können, ist aber der andere Teil ein Kaufmann oder eine Genossenschaft der im § 53 Absatz 1 bezeichneten Art und hat sich dieser Teil für die Erfüllung des Geschäfts eine Sicherheit bestellen lassen, so ist er befugt, aus der Sicherheit Befriedigung zu suchen; auch ist das Geschäft für ihn verbindlich.

Die Sicherheitsleistung hat die im Absatz 1 bezeichneten Wirkungen nur, wenn die Sicherheit aus Geld oder aus Wertpapieren, die einen Kurswert haben, besteht, und der Besteller dem anderen Teile gegenüber schriftlich und ausdrücklich erklärt, daß die Sicherheit zur Deckung von Verlusten aus Börsentermingeschäften dienen soll.

Das Schriftstück, in dem die Erklärung ab-

gesetz gütige Sicherheit für seine Forderungen bestellen läßt, weiß ebenso wie der Kunde, daß Börsengeschäfte nur unter ganz bestimmten Bedingungen wirksam sind, und daß, wenn es beiden Seiten nicht gelingt, (denn auch der Bankier braucht eventuell nicht zu erfüllen) gültige Sicherheiten zu erlangen, sie völlig auf den guten Willen und das Anstandsgefühl der Gegenseite angewiesen sind.

Der gesetzgeberische Gedanke der Vorschriften über Gegenstand und Form der Sicherheitsbestellung ist der, daß der börsenterminsunfähige Kunde klar erkennen soll, welchen Einfluß er wagt, einen wie hohen Betrag er im ungünstigsten Falle verlieren kann. Deshalb schreibt das Gesetz vor, daß die Sicherheit in Geld oder kurzhabenden Wertpapieren, also in Sachen bestellt werden muß, deren Wert unmittelbar feststeht oder jederzeit ohne weiteres ermittelbar werden kann, dem Kunden also stets mit vollster Sicherheit bekannt ist. Schon in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Abschnittes IV des Börsengesetzes vom Jahre 1904 war betont worden, daß bei dem Erfordernisse der Sicherheitsleistung jedenfalls im Interesse des Schuldners das Hauptgewicht darauf zu legen sei, daß das Maß seines Einflusses von vornherein klar erkennbar und fest begrenzt sei. (Reichsgericht, Band 87 Seite 20.) Es kann daher keine Befriedigung aus Börsentermingeschäften aus einer Sicherheit verlangt werden, die der Börsentermingeschäftsunfähige mit „seinem jeweiligen Guthaben“ bei dem anderen Teile bestellt. (Reichsgericht a. a. O.)

Ferner kann nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts auch von den nach § 53 des Börsengesetzes börsentermingeschäftsfähigen Personen gegenüber Ansprüchen aus Börsentermingeschäften der Einwand aus § 762 des Bürgerlichen Gesetzbuches³⁾, d. h. der sogenannte Spieleinwand, erhoben werden, wenn die Geschäfte unter anderen, als den amtlich festgesetzten Bestimmungen geschlossen sind, falls die Abweichung einen wesentlichen Punkt betrifft. Denn das Gesetz will, wie das Reichs-

gegeben wird, darf andere Erklärungen des Bestellers der Sicherheit nicht enthalten.

Besteht die Sicherheit aus Wertpapieren, so müssen sie in der Erklärung nach Gattung und nach Zahl oder Nennwert bezeichnet sein.

Eine Erklärung, die diesen Vorschriften nicht entspricht, ist nichtig.

Zur Wahrung der schriftlichen Form genügt die telegraphische Uebermittlung. Wird diese Form gewählt, so kann nachträglich die Abgabe einer schriftlichen Erklärung verlangt werden.

Eine Erklärung, durch die eine Aenderung der bestellten Sicherheit bewirkt wird, ist insoweit nicht stempelpflichtig, als der bisherige Gesamtnennwert der Sicherheit nicht überschritten wird.

gericht bereits ausgesprochen hat, nur denjenigen Börsenterminhandel vor dem Spieleinwande schützen, welcher alle die Garantien bietet, wie sie der § 50 des Gesetzes umschreibt. Bei Entscheidung der Frage, ob eine von den amtlichen festgesetzten Geschäftsbedingungen abweichende Vertragsbestimmung als so wesentlich anzusehen ist, daß sie dem Vertrage die Eigenschaft eines offiziellen Börsentermingeschäftes nimmt, sind einmal die Merkmale des Börsentermingeschäftes a) der Abschluß nach typischen, schablonenhaften, der Individualität des Einzelgeschäftes entbehrenden Bedingungen zu einem festen Termin und zu einem an einer bestimmten Börse gebildeten Preise, b) und ferner der Zweck des § 50 Absatz 2 zu beachten. Durch diese Vorschrift soll nicht nur den Vertragsparteien die Möglichkeit gewährt werden, sich jederzeit durch ein gleichartiges Gegengeschäft einzudecken, sondern sie bezweckt auch, durch Festlegung der als billig und angemessen erachteten Bedingungen den dem Börsenhandel fernstehenden Personen einen gewissen Schutz zu gewähren. Dementsprechend sind solche Abweichungen von den amtlichen festgesetzten Geschäftsbedingungen als wesentlich zu erachten, die entweder mit jenen Eigentümlichkeiten des Börsentermingeschäftes unvereinbar oder diesen Zweck des § 50 Absatz 2 zu vereiteln oder zu beeinträchtigen geeignet sind. Dahin gehören insbesondere auch solche Bedingungen, die den Zusammenhang des Geschäfts mit der bestimmten Börse, z. B. durch teilweise Unterwerfung unter die Geschäftsbedingungen einer anderen Börse, Lösen, oder welche für die Preisbemessung von Bedeutung sind und deshalb den Börsenpreis als nicht angemessen erscheinen lassen, oder welche sonst die Rechtslage des einen Vertragsteils nicht unerheblich verschlechtern. (Reichsgericht, Band 83 Seite 410.)

Die Anwendung aller dieser Grundsätze wäre ausgeschlossen, wenn gegenüber der „Erhebung des Differenzeinwandes“ zur Ausschaltung desselben vorweg zu prüfen wäre, inwieweit der Kunde arglistig handelt. Ob der jetzige Rechtszustand nicht als sehr veränderungsbedürftig anzusehen ist, ist eine ganz andere Frage. Der Ausdruck des Reichsgerichts, daß auch die vorher gefaßte Absicht, im Verlustfalle den Termins-Einwand zu erheben, ohne Schadensersatzpflichtig zu sein, läßt eine Aenderung der Gesetzgebung wünschenswert erscheinen.

³⁾ § 762 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: Durch Spiel oder durch Wette wird eine Verbindlichkeit nicht begründet. Das auf Grund des Spieles oder der Wette Geleistete kann nicht deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nicht bestanden hat.

Diese Vorschriften gelten auch für eine Vereinbarung, durch die der verlierende Teil zum Zwecke der Erfüllung einer Spiel- oder einer Wettschuld dem gewinnenden Teile gegenüber eine Verbindlichkeit eingeht, insbesondere für eine Schuldanerkenntnis.

Auslandsspiegel.

Deutsche Kohle — Frankreichs Kriegsziel.

Am 20. Oktober wurde in dem Hauptsale der Sorbonne in Paris die erste Herbstversammlung der „Französischen Liga“, deren Ehrenpräsidenten die Herren Ernest Lavisse und General Pau sind, abgehalten. Nachdem der Vorsitzende, Herr Emile Bertin, die zunehmende Bedeutung der Liga auseinandergesetzt hatte, hielt der frühere Minister André Lebou eine Rede, in welcher er die nach dem Kriege auftretenden Probleme berührte. Die Herstellung, die Zirkulation der Reichtümer sind durch den gegenwärtigen Krieg über den Haufen geworfen worden, und sie werden noch mehrere Jahre nach Friedensschluß gestört bleiben. Daraus ergibt sich der Schluß, daß keines der Systeme, keine der Formeln, die den Beziehungen des 19. Jahrhunderts gedient haben, in der neuen Wirtschaftswelt wird bestehen können. Um die Lösung der hauptsächlichsten, sich in Frankreich ergebenden Probleme zu beschleunigen, wird es nötig sein, in den Friedensvertrag gewisse Klauseln einzufügen und in Frankreich gewisse Reformen einzuführen. Um genau zu erfassen, wie der Friede aussehen muß, muß man zunächst mit Sicherheit sich über den Krieg klar geworden sein. Letzterer ist nun aber, im Anfang, in seinen Mitteln und in seinem Endzweck, durch kommerzielle Sorgen beherrscht worden. Zeugen dafür sind das Manifest der großen deutschen Verbände vom 20. Mai 1915, sowie die Proklamationen der deutschen Sozialistenblätter, die nicht aufhören, zu wiederholen, daß das hauptsächlichste Hindernis gegen die Rückgabe Elsaß-Lothringens in dem Umstande liegt, daß sich die Eisenbergwerke im Gebiete und Besitze des Deutschen Reichs befinden. In der Tat beherrscht die Montanfrage die Debatte. Sie bedeutet Deutschlands Macht und muß die Macht der Verbündeten werden (!) Es genügt, die Augen auf eine historische Karte zu werfen und die Grenzen zu sehen, die Frankreich hintereinander seit Ende des 18. Jahrhunderts zwischen Rhein und Mosel hatte, um sich der von dem germanischen Ehrgeiz seither gemachten Fortschritte bewußt zu werden. Im Jahre 1795 besaß Frankreich die Gesamtheit dieser kohlen- und mineralienreichen Gegend. 1815 wird ihm die Hälfte Kohle abgenommen, 1871 die Hälfte Eisen. Und würden die Ergebnisse der Invasion von 1914 je konsolidiert werden, so würden die Franzosen auch noch verlieren, was ihnen vom Eisenbesitz bleibt. Was uns, so führte der frühere Minister weiter aus, fehlt, wenn wir wieder in den Besitz unserer Bergwerke gelangt sein werden, das ist Kohle — Kohle in großen Mengen, um die Verwertung des Erzes, eine Umwandlung in Handelsprodukte, sicher zu stellen. Wir, die wir in Bezug auf Kohlenreichtum von der Natur schlecht bedacht worden sind, finden einigen Ersatz für unsere ungenügende Produktion in der Lyoner Gegend und in Belgien. Auch können wir,

durch bessere Ausnutzung der Wasserstraßen, unsere Einfuhr an englischer Kohle erhöhen. Immerhin würden diese Mittel nicht ausreichen, den Mangel auszufüllen, selbst dann nicht, wenn wir durch klügere und systematischere Ausnutzung unserer hydraulischen Kräfte unseren Kohlenkonsum verminderten. Unter diesen Umständen müssen wir das unentbehrliche Fehlende anderswo suchen. Wir werden es auf dem linken Ufer des Rheins finden, und auch in Westfalen, — sei es, daß wir die uns nötigen Lieferungen auf den Betrag der uns zukommenden Kriegsentschädigung anrechnen (so spricht ein früherer Minister!), sei es, daß wir das System der Neutralisation von Gebieten, welche die Weisheit Europas in Belgien und in Luxemburg gegen uns erfunden hatte, gegen Deutschland umstürzen. Die Verbündeten suchen in der Zentralisierung der beiden Rheinufer (!) nur die Sicherheit dafür, daß die natürlichen Reichtümer dieser Länder im Interesse der Humanität (!) benutzt werden — und nicht mehr im Interesse der Vorherrschaft Deutschlands. Andererseits müssen wir unsere Anschauungsweise und unsere Art zu handeln, abändern. Die Zukunft gehört den großen Geschäften und den großen Gruppierungen. Je mehr das Leben die Tendenz hat, teurer zu werden — und diese Tendenz wird, infolge der Lasten des Krieges, nur allzu groß sein —, um so mehr müssen Industrielle und Händler auf die Ermäßigung ihrer Selbstkosten bedacht sein. Das ist nur möglich durch mehr Spezialisierung in der Industrie, mehr Methode und weniger Konkurrenz im Handel. Und namentlich gilt es, gegen unseren nationalen Individualismus anzukämpfen, der uns nur allzu häufig unsere engen Sonderinteressen über das allgemeine Interesse stellen läßt. Diese letztere Geistesverfassung offenbart sich in typischer Weise in der Art, in welcher gegenwärtig die Frage der Wiederherstellung der in den besetzten Gebieten entstandenen Schäden geprüft wird. Es handelt sich hier nicht nur um eine Pflicht sozialer Solidarität. Es handelt sich um ein nationales Interesse. Denn es kommt darauf an, in kürzester Frist diese so fleißigen und reichen Gegenden wieder auf den Weg zu bringen — nicht nur, um den von der Front Zurückkehrenden Arbeit zu verschaffen, sondern auch, um die steuerbare Grundlage wiederherzustellen, die uns notwendig sein wird, um die öffentlichen Lasten zu zahlen. Diese Rekonstitution muß auch noch den Zweck erfüllen, die Anzahl der Zahlungen zu vermindern, die wir außerhalb zu leisten haben, indem wir das für unsere Existenz Notwendige selbst fabrizieren. Auch muß sie ermöglichen, die während des Krieges im Auslande gemachten Schulden durch Entwicklung unseres Exports zu bezahlen. Diese Ausführungen mögen genügen, um die Wichtigkeit der Aufgabe, die uns zufällt, zu beleuchten. Es gibt keine dringendere, schmerzlichere und edlere Sache als die wirtschaftliche Wiederauf-

richtung unseres Landes und, während der Jahre der Refonvaleszenz, die Aufrechterhaltung des Burgfriedens, der sich während der Krise so glänzend bewährt hat. Um aber hierin zu reüssieren, müssen zwei kapitale Auffassungen sich der Gemüter bemächtigen: 1. keine der Routinen vor dem Kriege dürfen im Frieden wieder auferstehen; 2. die Suche nach Lösungen darf nicht in dem furchtsamen Geiste erfolgen, den die Niederlage von 1871 bei uns entwickelt hatte, sondern in dem Geiste, der uns den Sieg an der Marne bescheert und uns fortan zu den Gläubigern der Menschheit (!) gemacht hat. . . .

Kontroverse über den Wirtschaftskrieg.

Die *Toulouser „Dépêche“* vom 24. September enthält unter obiger Ueberschrift folgenden Leitartikel von *Octave Cezanne*: Die freie Diskussion wäre uns heute heilsamer denn je, gerade weil uns die Leidenschaft erwürgt, und weil die Unparteilichkeit in dem Fieber der uns bewegenden Ereignisse unmöglich geworden ist. Wir müssen uns darauf vorbereiten, unseren Gegner geschickt in Schach zu halten, diesen Gegner, der — feiner von uns kann daran zweifeln — lange nach dem Kriege der zu überstehende, zu demaskierende und unaufhörlich zu bekämpfende Feind sein wird. Wir sind gern einverstanden mit dem Gedanken eines Handelskrieges gegen Deutschland, dessen Handel ein mächtiges Instrument seiner schlauen Politik der friedlichen Durchdringung war. Uns scheint, daß wir durch die Paralyse und Einschränkung dieses Handels einen furchtbaren Schlag führen gegen diesen anhaltenden Traum von Weltherrschaft, der, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedens, die Beklemmung der für die allmähliche und methodische Invasion aller Märkte der Welt organisierten *Boches* sein wird. Nach unserer Auffassung wird der Boykott des deutschen Handels bei den Verbündeten die Wiederherstellung der durch den Krieg verursachten Schäden sein. Die These ist bekannt. Sie wird mit Wucht und Talent seit mehreren Monaten von zahlreichen Schriftstellern verspöten. Scheint sie nur so? Ich lese soeben eine jener interessanten Kontroversen in einer von dem belgischen Gelehrten, Philosophen und Historiker *Charles Caroléa* unter dem Titel „*Everyman*“ veröffentlichten *Revue*. Er veröffentlicht das Für und das Wider, wobei er das Publikum das Gewicht der vorgebrachten Argumente selbst beurteilen läßt. Nachstehend auszugsweise einige *Plaidoyers*, die dem Gedanken von Repressalien gegen den deutschen Handel nach dem Kriege günstig sind: Ein Handelskrieg ist ebenso ruiniös wie ein anderer Krieg. Indem wir unseren Weg verlassen, um dem deutschen Handel zu schaden, können wir eher uns selbst schädigen. Nehmen wir an, wir könnten sogar teilweise den Handel der Zentralmächte lähmen, so würden sich letztere notwendigerweise organisieren, um sich selbst zu genügen, was ihre Macht, so lange das deutsch-österreichische Bündnis besteht, nur stärken kann. Gelingt es Deutschland, von sich selbst zu leben, so würde unsere Marine in zu-

künftigen Kriegen unnötig. Jede Blockade schiene vergeblich, falls Deutschland nicht mehr auf die anderen Länder rechnen würde, um seine Entwicklung sicher zu stellen. Kein Warenimport, folglich keine Blockade. Ein Boykott der *Boches*-Produkte wäre zweifellos die sicherste Methode. Die Länder, deren Wechselkassa am meisten gelitten haben, sind Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland. Bei Friedensschluß würde, wenn die Kurse ihren jetzigen Stand behalten, was möglich ist, der Rubel 60% verlieren. Auch die Mark wäre rückgängig, während Franc und Pfund einen weit höheren Stand einnehmen würde. . . . (Der folgende Teil der Ausführungen ist von der Zensur unterdrückt.) Es entsteht nun die Schwierigkeit, genau zu sagen, was denn eigentlich „deutsche Ware“ ist. Die aus Deutschland kommenden Produkte können, ganz oder teilweise aus Rohstoffen hergestellt sein, die aus Großbritannien oder den Kolonien eingeführt sind. Sie können beispielsweise aus Rohstoffen, die aus den Vereinigten Staaten stammen, aber aus einer Manufaktur hervorgehen, an der das englische Kapital beteiligt ist. In diesen Tagen komplizierter Zivilisation schädigt der irgend einem Volke angetane Schaden unvermeidlich auch alle anderen Völker. Es ist ein Argument zu Gunsten des Freihandels, zu dessen Wahrheit sich England vor etwa 70 Jahren bekehrt hat. Die gegenwärtigen Verhältnisse haben dessen Kraft nicht ungültig gemacht. Wie dem aber auch sei — es scheint sicher, daß Deutschland eine Kriegsentzündung zahlen muß, die heißen wird, das Unglück, das es heraufbeschworen hat, wieder gut zu machen. Wie wird es sie bezahlen? Daß es in Gold ist, scheint unmöglich. Gold besitzt es wenig. Man wird die Zahlung in natura annehmen müssen. Wie könnten wir aber in diesem Falle die eine Hand auf die deutschen Produkte legen, während wir mit der anderen den Export einschränken oder verhindern. Im Augenblick des Friedens, wo wir unsere Wunden heilen werden, müssen wir neue Wunden vermeiden. Deutschland wird sich die Verachtung der zivilisierten Welt zuziehen. Wir werden ein Interesse daran haben, es zu unseren Gunsten arbeiten zu lassen (!), wie eine Sklavin der Schuld (!!), die es eingegangen ist. Es wird nicht der Augenblick sein, seine Arbeit zu paralyzieren. Uebrigens empfinden und erklären viele Engländer eine Abneigung gegen den Gedanken eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. Denn Krieg ist Krieg, so wie Frieden Frieden ist. Indem man aus diesen beiden entgegengesetzten Elementen das Regime von morgen zusammensetzen will, riskiert man stark, das verheißene Land nicht zu betreten und auch nicht die Atmosphäre des Ernstes, der Eintracht und der Friedlichkeit wiederzufinden, die nach einem derartigen Kataklysmus so notwendig ist. Ein Punkt muß zunächst erkannt werden: Mit wem werden wir Frieden schließen? Ein hervorragender Franzose hat jüngst ausgerufen: „Wäre es in meiner Macht, so schloße ich noch morgen mit dem Deutschen Volke Frieden, mit den Hohenzollern niemals!“ (!) Die *Boche*-

Nation, ohne ihren Militarismus und ihren Kaiser, würde uns jedes Jahr ihr Kriegsbudget servieren (!), als Indemnität für verursachte Schäden und auch für „geleistete Dienste“ (!) Das wäre noch als die einfachste Lösung anzusehen. . . . Es ist doch wahrhaftig unglaublich, daß Männer wie Lebon und Czernin, die zu Frankreichs besten Köpfen zählen, allen Ernstes von einer von Deutschland zu zah-

lenden Kriegssentschädigung faszeln können. Gewiß: Das durch den Verlauf des Krieges impotent gewordene französische Publikum muß durch allershand Stimulantia geil gemacht werden. Aber damit läßt sich doch nicht so heller Wahnsinn rechtfertigen. Es ist, als stünden nicht die Deutschen in Woyon, sondern die Franzosen in Brandenburg!

Revue der Presse.

Wir haben wiederholt auf die von einem zweifellos ausgezeichneten Kenner amerikanischer Bank- und Handelsverhältnisse in der Frankfurter Zeitung veröffentlichten Artikel „Amerika im Kriege“ hingewiesen. Diese Serie wurde nun neuerdings (14. Oktober) ergänzt durch einen interessanten Ausblick:

Amerikanische Zukunftsprobleme.

An einmaligem Kriegsgewinn hat Amerika bis jetzt 4 Milliarden Dollar vereinnahmt. Aber zu diesem ungeheuren Vorteile treten noch andere. England, bis 1914 das unbestrittene Zentrum des Welt-handels, wird künftig diese Rolle mit New York teilen müssen. Wie früher der Sterling-Wechsel, soll von nun an die Dollar-Devisen herrschen. Vor allem aber treten die Expansionsgelüste Amerikas deutlich hervor, den Weltmarkt zu erobern. Ob diese Pläne verwirklicht werden können, ist weder mit „Ja“ noch mit „Nein“ zu beantworten. Das wird von der Länge des Krieges abhängen. Aber zweifellos kommen den Amerikanern wichtige günstige Umstände zustatten. Die Förderung des Exports vermögen sie in vielen Waren besser zu bewerkstelligen. Unbegrenzte Geldmittel zusammen mit einer großzügigen Organisation erleichtern den Erfolg. Und geeignete Führer dazu stehen gegenwärtig an der Spitze. Für diese weitgehenden Expansionspläne dürften zwei Unternehmungen in Frage kommen: die alte National City-Bank, die größte Aktienbank der neuen Welt, und die neue American International Corporation, die das Wohlwollen der Regierung in Washington besitzen. Allerdings steht diesen günstigen Momenten aber auch die harte Lösung inner- und außerpolitischer Probleme entgegen. Einmal fehlt drüben bei aller Unterscheidung zwischen Arm und Reich das sogen. Klassenbewußtsein des Proletariats. Aber deutliche Anzeichen sprechen für eine Uenderung zur Organisierung des vierten Standes in marxistisch-revolutionärem Sinne. Dann aber kommen die verwickelteren Aufgaben in Mexiko, Japan, China und Canada. Im ersten Staate sind bedroht das dort angelegte nordamerikanische Kapital, ferner die Kurse und Sicherheiten der Südstaaten überhaupt, endlich die ganz Monroe-Doktrin. Weit überwiegend ist aber noch die japanische Gefahr. Die Hauptgegenstände liegen in den beiderseitigen Aspirationen in China, das als glänzendes Objekt für wirtschaftliche Ausdehnung betrachtet wird. Bei Canada wünscht man, das zukunftreiche, noch dünn

besiedelte Land vollständig mit der Union zu verschmelzen. Seit Roosevelt ist der Imperialismus stets gewachsen. Amerika ist durch diesen Krieg gezwungen worden, große Ausgaben für Heer und Marine in das Budget einzusetzen. Die Folge ist die Erhebung gewaltiger neuer Steuern. Das alles führt zu neuen weiteren Problemen: Die Einwanderungsfrage und die Zollpolitik. Amerika braucht trotz seiner 100 Millionen Einwohner nichts notwendiger als europäische Einwanderer. Wird aber das in seinem Arbeiterbestande so furchtbar geschwächte Europa nach dem Kriege noch damit dienen können oder wollen? In der Zollpolitik haben die Republikaner in der Regel die Forderung möglichst weitgehender Prohibitivzölle vertreten. Auf einen Abbau in dieser Sache ist vermutlich nicht zu rechnen. Nach dem Kriege wird also die amerikanische Ausfuhr-Industrie plötzlich vor einschneidenden Veränderungen stehen. Man wird sich daran erinnern müssen, daß Deutschland bis 1914 der zweitgrößte Kunde Amerikas war. Ob aber Deutschland dann wieder als Großkäufer auftreten wird? Oder haben nicht die Lehren dieses Krieges für Deutschland das Gute gehabt, sich auf vielen Gebieten durch wunderbare Erfindungen selbständig zu machen? Das wird die bedeutsame Frage der Zukunft sein. Freilich, die Waren (wie z. B. Baumwolle und Kupfer), die Deutschland drüben billiger einkaufen kann als es sie hier produziert, werden wir nach wie vor von Amerika beziehen, und umgekehrt wird Amerika, wenn es klug ist, die Waren von uns kaufen, die wir billiger und besser herstellen können. Einer der führenden amerikanischen Großindustriellen hat erst kürzlich erklärt, Amerika werde nicht nur der größte Exporteur, sondern auch der größte Käufer der Zukunft sein. So dürfte von dieser Seite ein Wirtschaftskrieg im Sinne der Pariser Beschlüsse nicht erwartet werden. — Die Vorgänge auf dem amerikanischen Baumwollmarkt fordern seit einiger Zeit das wachsende Interesse der deutschen Baumwollindustrie heraus. Der Konfektionär (23. Oktober) spricht geradezu von einem

Hauffefieber in Baumwolle.

Am 18. Oktober d. J. notierte die New Yorker Börse für Baumwolle den seit mehr als 40 Jahren nicht erreichten Höchstkurs von 18½ Cents. Noch vor zwei Jahren kostete das Produkt den dritten Teil. Wenn an dieser unerhörten Preissteigerung die Spekulation nicht schuldlos sein wird, so ist doch weient-

lich als Hauptursache die unbestritten schlechte Ernte des letzten Jahres anzusehen. Das Eigentümlichste dabei ist jedoch, daß England als der Urheber der jetzigen Lage des Baumwollmarktes gelten muß, und infolge seiner verfehlten Maßnahmen jetzt selbst den Schaden tragen muß. Gerade England war es, das Deutschland von dem Bezuge der Baumwolle absperren wollte und es durchsetzte, daß dieses wichtige Produkt als Bannware erklärt wurde. Man hoffte dadurch, die Dauer des Krieges um wenigstens ein halbes Jahr abzukürzen (!). Diese Hoffnung war trügerisch; denn die deutsche Textilindustrie hat trotz aller Schwierigkeiten durchgehalten und wird es weiter tun dank großer Mittel und Wege, die man in der Not eben fand. Trotzdem ist die Gefahr einer „Baumwollnot“ für Europa außerordentlich stark und es wird größter Aufmerksamkeit bedürfen, dieser Gefahr entgegenzuarbeiten. —

Bisher bestand auch in neutralen Ländern die Meinung von einer märchenhaften Aufstapelung von Getreidevorräten in England. Diese Legende zerstört Prof. Dr. Hermann Levy in der *Kölnischen Zeitung* (24. Oktober) in einer längeren Ausföhrung über

das englische Weizenproblem.

An der Hand von Äußerungen verschiedener maßgebender englischer Zeitungen sowie unter Berücksichtigung der schwerwiegenden Erklärung der englischen Regierung vom 10. Oktober d. J., daß sie die Einfuhr von Weizen nach England unter staatliche Kontrolle zu nehmen beabsichtige, weist er nach, in welcher schwierigen Lage die famose Regierung Albions geraten ist, nachdem sie infolge des Druckes der ungeheueren Preissteigerung für Weizen dem allgemeinen Ansturm hatte nachgeben müssen. Im Frieden notierte man an der Londoner Börse für Manitoba-Weizen etwa 160 M. die Tonne, jetzt aber kostet das gleiche Quantum 370 M. (!) Der Plan der verstaatlichten englischen Weizeneinfuhr begegnet aber einigen Fragezeichen. Es läßt sich zunächst gar nicht übersehen, wie England die Weiterleitung dieses verstaatlichten Weizens an die Müllerei und an den Konsum bewerkstelligen will, und die von der Regierung augenscheinlich beabsichtigte Herabdrückung des Brotpreises hat sich zunächst ins Gegenteil verkehrt: Die Preise sind um einen halben Penny für das 4-Pfund-Brot in die Höhe gegangen. Die gesamte Presse Englands ist sich nicht zweifelhaft darüber, daß es sich bei den Regierungsmaßnahmen darum handelt, England vor einer Entblöhung an Weizenvorräten zu schützen. In erster Linie steht also die Vorratsfrage im Vordergrund. Hier sei auch bemerkt, daß sich der englische Getreidehandel entschloß, wegen der hohen Preise für längere Zeit keine Abschlüsse zu tätigen, da bei der längeren Dauer des Krieges mit einer immer größeren Möglichkeit des Herannahens des Friedens und damit eine dann einsetzende Preisbauffe in Rechnung zu stellen wäre. Außerdem erscheint folgendes Moment nicht unwichtig. Man will 500 000 t

australischen Weizens ankaufen. Unter der Voraussetzung genügenden Frachtraums würde die Reise nach Australien und zurück ungefähr 3½ Monate dauern, dann aber wäre auch zu beachten, daß eine solche Festlegung des Frachtraumes für ein einziges Ernährungsmittel naturgemäß auf alle anderen Gebiete der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung drücken muß. Man sieht hieraus, für uns gewiß nicht zum Schaden, daß die Weizenversorgung Englands ein Problem geworden ist, daß sie einen bedrohlichen Stand erreicht hat. —

Umschau.

Ein charakteristischer Mangel des Staatsbetriebes.

Herr Ernst Kahn
(Frankfurt am Main)
schreibt mir: Wenn

man die Vorteile und Nachteile des Staatsbetriebes gegenüber dem Privatbetrieb abwägt, so wird häufig ein Faktor, der zuungunsten des Staates spricht, übersehen: Das ist die Unfähigkeit, Propaganda zu machen. Wie außerordentlich dieser Mangel ins Gewicht fallen kann, soll an einem recht aktuellen Beispiel gezeigt werden; dabei leitet uns die Hoffnung, dass die Darstellung vielleicht eine Besserung herbeiführt. Es handelt sich um die Postverwaltung. Die ausserordentlichen Anschwellungen des Notenumlaufes, ihre Bedenken und Gefahren sind in der letzten Zeit hundertfach erörtert worden; ebenso die Wege, die zu einer Besserung führen. Dabei wurde immer wieder auf die ausgezeichnete Einrichtung des Postscheckverkehrs hingewiesen. Zweifellos wird jeder, der aus eigener Anschauung die Einrichtungen des Postscheckverkehrs kennt, sich dem allgemeinen Lob anschließen. Leider kennen gar zu wenige die Einrichtung. Zu Anfang dieses Jahres bestanden im ganzen Deutschen Reiche 130 000 Anschlüsse, heute sind es 160 000. Gering gerechnet dürfte die glänzende Einrichtung des Postscheckverkehrs für eine Million Personen, Geschäfte, Vereine, Behörden usw. in Frage kommen. Diese bedauerlich kleine Beteiligung ist einzig und allein auf die Unwissenheit und Gleichgültigkeit des Publikums zurückzuführen. Dies aber wäre nicht der Fall, wenn die Post auch nur mit einigem Geschick Reklame für sich machen würde. Die Postverwaltung wird über diese meine Anschuldigung in höchstem Grade überrascht sein; denn sie hat zweifellos das Gefühl, ganz ausserordentlich viel Propaganda für sich zu machen. Aber gerade dieses falsche Gefühl ist es, das bezeichnend für die so grundverschiedene Denkungsweise des Privatkaufmanns und des Staatsbeamten ist. Die Post kann zunächst für sich geltend machen, dass sie im Juli 1914, als der erste, äusserst ungeschickte Postschecktarif auf eine vernünftige Grundlage gestellt wurde, ein hübsch ausgearbeitetes Merkblatt an eine halbe Million Adressen hat verteilen lassen. Sie versichert ferner, dass diese „doch gewiss grosszügige“ Propaganda so gut wie nichts genützt hat, wobei sie ganz vergisst, dass gerade damals der Weltkrieg vor der Tür stand und die Leute an wichtigere Dinge zu denken hatten. Dieser angebliche Misserfolg hat nun die Postverwaltung veranlasst, bis zum Anfang dieses Jahres gar nichts mehr zu tun. Als dann die Presse aus eigener Initiative und mit glänzendem Er-

folg, im Interesse unserer Währung, eine grosszügige Aufklärungsarbeit begann und dabei der Post Vorwürfe über das Fehlen der Propaganda machte, ging diese etwas in sich, aber auch wieder in einer Weise, die zu beweisen scheint, dass die geschickte Aufklärung dem privatkapitalistischen Unternehmertum vorbehalten ist und sich einstweilen mit dem staatssozialistischen Ideenkreis schlecht verträgt. Wieder versandte man das erwähnte hübsche Merkblatt und ging gleichzeitig einen Schritt weiter, indem man — wenigstens in Frankfurt, ob anderswo weiss ich nicht — gewisse Berufe und Gesellschaften schriftlich zum Beiritt aufforderte. Das war zweifellos eine recht geschickte Massnahme, ihre Ausführung aber und die Schlüsse aus dem Ergebnis sind wieder recht charakteristisch. Nachstehend das Resultat der Bemühungen:

Aufgefordert wurden		Es traten bei	in %
1723	Einzelfirmen	102	5,9
57	Aktiengesellschaften	3	5,3
168	G. m. b. H.	7	4,2
280	Aerzte	22	7,8
191	Rechtsanwälte	21	11,0
13	Gerichtsvollzieher	0 (!)	0 (!)
81	Vereine usw.	7	8,7

Was zeigen diese Ziffern für den Propagandafachmann und welche Schlüsse sucht die Post daraus zu ziehen? Der Kaufmann wird das Resultat geradezu glänzend finden. Wenn sich nämlich auf eine erstmalige Aufforderung hin von den bearbeiteten Unternehmungen bis zu 11% der Aufgeforderten anschlossen, so ist das überraschend gut, und es zeigt, wie erfolgreich es sein müsste, diese Propaganda in gewissem Abstand zu wiederholen, denn steter Tropfen höhlt den Stein. Was aber meint die Postverwaltung? Sie schliesst aus den äusserst geringen Resultaten auf die Unmöglichkeit, das Publikum aufzuklären.

Obwohl ich kein Propagandamann bin, möchte ich mich anheischig machen, in einem Vierteljahr die Zahl der Postschecksinhaber zu verdoppeln, und zwar ohne irgend welche Kosten; würde die Post noch zu allem Ueberfluss einige Hunderttausend Mark zur Verfügung stellen und kleine Aenderungen in ihren Gebührensätzen zugestehen, so würde in kurzem eine Verdreifachung ihrer Kundenzahl herbeizuführen sein. Da aber erstens die Post kaum meine Dienste in Anspruch nehmen wird und ich anderwärts genügend beschäftigt bin, so will ich ihr wenigstens mein Programm verraten und ihr anheimstellen, es möglichst umgehend in die Wirklichkeit umzusetzen, wobei es nicht schaden würde, wenn sie mal meine Vorschläge mit einigen Reklamefachleuten durchsprechen und von diesen ergänzen liesse.

In erster Linie würde ich in gewissen Zeitabständen der Presse, und zwar nicht nur den paar grossen Zeitungen, die obnehin in dieser Angelegenheit von sich aus genügend tun, kurze, ganz kurze Notizen hierzu zur Verfügung stellen, die in schlagender Weise die zahllosen Vorteile des Postscheckverkehrs vor Augen führen. Schon heute sendet die Post allmonatlich einen Ausweis an die Zeitungen, der aber so langweilig und schematisch abgefasst ist, dass man damit „keine Katze vom Ofen lockt.“ Weiter würde

ich individuelle Aufklärung in die Wege leiten; ich würde also beispielsweise allen Rechtsanwältin einen Brief schreiben, dem ein Artikel beigelegt wäre, den kürzlich ein bekannter Justizrat in einem Fachblatt über seine guten Erfahrungen geschrieben hat. Gleichzeitig würde ich die typische Einwendung des Anwalts, dass der Postscheck gerade für den Anwalt nicht zu gebrauchen ist, weil er dadurch zu spät von den eingehenden Zahlungen unterrichtet wird, ebenfalls mit den Worten bekannter juristischer Kenner widerlegen. Den Aerzten würde ich eine Liste der bereits beigetretenen Kollegen zusenden und sie auf den erheblich besseren Eingang der Honorare bei Benutzung der Zahlkarte aufmerksam machen. Jeder einzelne Beruf würde so individuell behandelt werden. Vor allem würde man aber die Propaganda in sechs oder acht Wochen in ganz anderer Form wiederholen. Ueberall würde man — und das ist sehr wichtig — eine womöglich portofreie Postkarte beilegen, auf der der Betreffende lediglich anzugeben hätte, wann ihn ein Beamter der Post besuchen könne, um die nötigen Formalitäten zu erledigen und in allen wünschenswerten Fragen und Zweifeln zu beraten. Ich habe nämlich in meinem Bekanntenkreise beobachtet, dass viele die Formulare nicht verstehen und im letzten Augenblick noch von ihrer Absicht, beizutreten, zurückschrecken. Recht geschäftsgewandte Leute kamen zu mir und baten mich, die Ausfüllung für sie zu übernehmen, weil sie nicht recht klug würden. Dazu kämen nun weiter Vorträge durch geeignete Beamte, wie denn überhaupt das Riesenheer der Postbeamten ganz anders wie bisher für die Sache Interesse gewinnen muss. Jeder Schalterbeamte im Deutschen Reich müsste für die Sache interessiert werden. Wer eine gewisse Anzahl von Neuanmeldungen vermittelt, erhält eine Anerkennung oder Prämie, über deren Form sich noch sprechen lässt. Ganz besonders viel würde ich mir aber von einer richtigen Reklame innerhalb der Post versprechen. Die Post gibt alljährlich über 100 Millionen Zahlkarten und eine noch grössere Zahl von Postanweisungen in den Verkehr, alles in allem sicherlich eine Viertel Milliarde von Formularen für den Geldverkehr. Diese müssen von dem Publikum ausgefüllt und deshalb genau gelesen werden. Es wäre daher nichts einfacher, als diese Formulare mit entsprechenden — ständig wechselnden — Aufschriften zu versehen, die zum Anschluss an das Postscheckwesen aufordern. Auf eine ähnliche Anregung hat die Post tatsächlich neuerdings die Zahlkarten mit einer derartigen Aufforderung versehen, aber in einer Weise, die deutlich zeigt, wie falsch die Post die Sache handhabt: statt nämlich mit kurz gefassten Sentenzen in auffallender roter oder schwarzer Schrift die Vorderseite dieser Formulare zu überdrucken, wurde diese Aufforderung auf der Rückseite, die gar nicht gelesen wird, in ganz blasser Schrift angebracht; damit ist natürlich die ganze Wirkung verpufft. Eine weitere, sehr wirksame Reklame wäre die Anbringung von graphischen Darstellungen, welche die seitherige Entwicklung des Postscheckwesens an allen Schaltern der Post zeigen müsste usw. usw. Daneben müsste die Post auch das richtige kaufmännische Rechnen lernen. Auch daran fehlt es. Trotz unzähliger Petitionen und Wünsche besteht nämlich die Postverwaltung darauf, dass alle an sie gelangenden Zahlungsüberweisungen

frankiert werden. Es entsteht ja daraus eine Einnahme von schätzungsweise 1 Million M. Dass diese Einnahme sehr teuer erkauft ist und in Wahrheit einen sehr grossen Verlust bedeutet, vergisst die Post anscheinend. Die Tatsache des Frankierungszwanges hält, wie jeder Kenner der Volkspsychologie zugeben wird, unzählige Kreise davon ab, ein Postscheckkonto zu erwerben. Man kann das direkt beweisen, wenn man untersucht, welcher Prozentsatz von Anschlüssen in den 14 Städten mit Postscheckämtern und welcher Prozentsatz anderswo besteht. In den Städten mit Postscheckämtern nämlich kann man den Verkehr mit dem Amt dadurch portofrei bewerkstelligen, dass man seine Briefe selbst nach der Hauptpost bringt, was namentlich die Geschäfte zum grossen Teil tun. Würde nun auch anderswo die Portofreiheit durchgeführt werden, so würden jetzt mit einem Schlage Zehntausende von neuen Kunden für das Postscheckwesen gewonnen und damit auch die Einnahme der Postverwaltung um eine Summe vergrössert werden, die weit über jenen Ausfall von einer Million hinausgeht.

Unsere Darlegung sollte zeigen, wie unbeholfen der Staatsbetrieb den Erfordernissen der modernen Propaganda gegenübersteht und welcher Schaden ihm gegenüber dem Privatbetrieb dadurch erwächst. Sie sollte aber auch die Wege angeben, wie dies zu ändern wäre, und wir hoffen, dass die Postverwaltung die hier gegebenen Winke befolgt. Unterlässt sie es, so schädigt sie nicht nur ihre fiskalischen Interessen, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft; denn die Post hätte bei Anwendung moderner Propagandagrundsätze die Macht in der Hand, unsere Zahlungssitten in grundlegender Weise zu veredeln und damit dem gefährlichen Anschwellen des Notenumlaufs wirksam entgegenzutreten. Vornehme Zurückhaltung ist also in diesem Falle keine Tugend, sondern eine schwere Unterlassungssünde!

Gedanken über den Geldmarkt.

Im offenen Markt ist die alte Geldillüssigkeit wieder eingekehrt und das Angebot wäre bereits recht drückend, wenn es nicht bei der Seehandlung meistens willig Aufnahme fände. Dank ihrem Bedarf behauptet sich der Satz für tägliches Geld auf zirka 4 1/2%. Es ist bemerkenswert,

dass die Börse trotz des regen Effektengeschäfts nur recht unbedeutende Ansprüche stellt, ein Zeichen, dass sich die grossen Effekenumsätze des Publikums vorwiegend gegen volle Baranschaffung vollziehen, dass sich also die Intentionen des Reichsbankpräsidenten in diesem Punkte tatsächlich die gewünschte Geltung verschafft haben. Wenn trotzdem der Effektenbegehrt des Publikums ständig zunimmt, so kann man hierin einen Ausdruck des dauernd grossen Anlagebedarfs erblicken. Fraglich ist nur, ob der starke Ansturm auf Dividendenpapiere so weitergehen kann, ohne die fernere Plazierung der Kriegsanleihen empfindlich zu schädigen. Bisher haben sich die Befürchtungen in dieser Beziehung glücklicherweise im grossen und ganzen als unbegründet erwiesen, man darf sich aber nicht verhehlen, dass mit jeder Erweiterung des Kreises der Spekulationspapiere und mit dem durch die Kurssteigerung erhöhten Geldaufwand die Gefahr immer gegenständlicher wird.

Andererseits dürfte aber ein Anknüpfen gegen diese Bewegung immer grosse Schwierigkeiten haben, da das zur Anlage bereitstehende Kapital gegenüber den blendenden Erfolgen, welche die Gesellschaften teilweise aus der Kriegskonjunktur ziehen, schwerlich von einer Betätigung am Aktienmarkt abzubringen sein wird. So hat man auch gesehen, dass Drohungen mit der Gesetzgebung oder ernstere Ereignisse militärischer oder politischer Natur immer nur verhältnismässig kurze Zeit vermocht haben, die Bewegung einzudämmen. Die ausserordentliche Schnelligkeit, mit der sich jetzt bei der fünften Kriegsanleihe wieder die Einzahlung vollzieht, zeigt ja, wie gross die verfügbaren Mittel sind und es wird sich daher kaum vermeiden lassen, dass sich bei dieser durch die Kriegswirtschaft bedingten Blutfülle des Kapitalmarktes immer wieder grössere Summen der Aktie zuwenden.

Von den Anleihetransaktionen unserer Gegner ist die französische Emission jetzt abgeschlossen, ohne dass man bereits definitive Ziffern in Erfahrung gebracht hätte. Das ist an sich auffällig, da die Zeichnung am 29. Oktober beendet sein sollte und die französische Berichterstattung, wenn sie Erfolge zu melden hat, sehr rasch zu arbeiten pflegt. Dem Status der Banque de France sind allerdings die Vorbereitungen für die Einzahlung bereits zugute gekommen, indem der Goldbestand in den letzten Wochen um etwa hundert Millionen Francs zunehmen konnte,

Warenmarktpreise im Oktober 1916.

	2.	9.	16.	20	
Weizen New York (Winter hard Nr. 21)	166 ¹ / ₄	164 ¹ / ₂	165 ¹ / ₂	178	cts. per bushel
Mais Chicago	74 ¹ / ₄	77	76 ³ / ₈	84 ⁵ / ₈	cts. per bushel
Kupfer, Electrolyt New York	27—28 ¹ / ₂	27 ¹ / ₄ —28	27 ¹ / ₄ —28	27 ¹ / ₄ —28	cts. per Pfd.
Kupfer, Standard London	118	121	123	124	£ per ton
Kupfer, Electrolyt London	140	142	143	143 ¹ / ₂	£ per ton
Zinn London	175 ¹ / ₄	178	179 ¹ / ₂	179 ¹ / ₂	£ per ton
Zink London	52	57	54	54	£ per ton
Blei London	30 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	£ per ton
Silber London	32 ⁷ / ₈	32 ¹ / ₈	32 ⁹ / ₁₆	32 ³ / ₈	d per Unze
Quecksilber London	17 ³ / ₄	17 ³ / ₄	17 ³ / ₄	17 ³ / ₄	£ per Flasche
Baumwolle New York	16,60	17,00	17,80	18,40	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	9,57	9,75	10,24	10,54	d per Pfd.
Schmalz Chicago	13,37 ¹ / ₂	14,97 ¹ / ₂	14,40	14,47 ¹ / ₂	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	8,35	8,35	8,35	8,35	cts. per Gallone
Kaffee Rio f. New York	9,50	9,50	9,50	9,37	cts. per Pfd.

während der Notenumlauf um fast dreihundert Millionen Francs zurückging. Diese Veränderungen lassen natürlich noch keinerlei Schlüsse auf das Resultat der Emission zu, denn es ist klar, dass in einem Lande, wo so starke Zahlungsmittel thesauriert sind, eine solche Emission, auch wenn ihr Resultat sich nur in bescheidenen Grenzen halten würde, zu einem grossen Abfluss von Geldzeichen an die

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 8. November	G.-V.: Mechanische Weberei Ravensberg.
Donnerstag, 9. November	Ironage-Bericht. — <i>Bankausweise London, Paris.</i> — <i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Zündwarenfabrik Stahl & Nölke, Maschinenfabrik Banning, Berliner Eisen giesserei und Gussstahlfabrik Hartung, Stahlwerke Brünninghaus, Terrain-Gesellschaft Berlin-Südwest
Freitag, 10. November	G.-V.: Gasmotorenfabrik Deutz, Sächsische Webstuhlfabrik Chemnitz, Schwelmer Eisenwerk, Waggonfabrik Fuchs Heidelberg.
Sonntag, 11. November	Bankausweis New York. — G.-V.: Stassfurter Chemische Fabrik Vorster & Grüneberg, Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Akt.-Ges. für Bürstenindustrie vorm. Roegner Dukas & Co., Leipziger Pianofortewarenfabrik Zimmermann, Akt.-Ges. Herzog Logelbach. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Aachener Lederfabrik.
Montag, 13. November	G.-V.: Oberschlesische Zinkhütten Akt.-Ges., Cartonagen-Maschinen-Industrie und Façonschmiede i. Liq. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Königin Marienhütte, Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Sächsische Gussstahlfabrik Doehlen.
Dienstag, 14. November	G.-V.: Gelsenkirchener Gussstahlfabrik, Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Ges., Har kortsche Bergwerke und Chemische Fabriken, Sarotti Chokoladen Akt.-Ges., Carlshütte Akt.-Ges., Maschinenbau-Gesellschaft Starke & Hoffmann, Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn-Akt.-Ges., Voltom Seil- und Kabelwerke Frankfurt a. M., Mälzerei - Akt. - Ges. Hamburg
Mittwoch, 15. November	G.-V.: Brauerei Binding, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. — Schluss des Bezugsrechts Deutsche Seefischhandels-Akt.-Ges.
Donnerstag, 16. November	Ironage-Bericht. — <i>Bankausweise London, Paris.</i> — <i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Hamburg-Amerika-Linie, Akt.-Ges. für Verkehrswesen, Maschinenbauanstalt Humboldt bei Köln, Maschinenfabrik Kappel.
Freitag, 17. November	
Sonntag, 18. November	G.-V.: Schlesische Handels-Aktien-Bank.
Montag, 20. November	G.-V.: Königsberger Pressstetfabrik, Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei.
Dienstag, 21. November	G.-V.: Brasilianische Bank für Deutschland, Archimedes Akt.-Ges. für Eisen- und Stahlindustrie.

Ausserdem zu achten auf:
Geschäftsberichte der Brauereien.

Verlosungen:

10. November: 4% Pariser 500 Fr. (1876). 14. November: 2½% Griechische Nationalbank Präm.-Anl (1912) Russische Reichs-Adels-Agrarbank 5% Prämien-Pfandbr. (1889). 15. November: 2% Brüsseler 100 Fr. (1905), Crédit foncier Egyptien 3% Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 15 Fr. (1902), Holländische 15 Gld. (1904), 2% Lüt ticher 100 Fr. (1905), Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 3% 100 Gld.-Präm.-Pfandbr. (1880), Panama-Kanal 400 Fr., Ungarische 100 Gld. (1870).

Zentralstelle führen muss. Zunächst muss man daher abwarten, welche Beträge der Finanzminister aus dem Erlös der Anleihe von dem fast neun Milliarden Francs betragenden Vorschuss an die Bank wird zurückzahlen können.

In Russland sind die Vorbereitungen für die neue Emission im Gange, es sollen drei Milliarden Rubel 5½% Schatzscheine mit zehnjähriger Laufzeit aufgelegt werden, welche dem Publikum mit 95% angeboten werden. Diese sogenannten Vorbereitungen bedeuten aber in der Hauptsache die Festsetzung derjenigen Summen, welche Banken und Kreditinstitute auf mehr oder minder sanften Zwang hin zu übernehmen haben. Nachdem dieser Betrag erst mit zwölfhundert Millionen Rubel angegeben war, erfährt man jetzt, dass die Banken fünfzehnhundert Millionen zu übernehmen haben und zwar zum Vorzugskurse von 93%. Diese bedeutende Vorplazierung zeigt am besten, wie wenig Vertrauen die russischen Regierungskreise auch dieser neuesten Inlands emission wiederum entgegenbringen dürfen. Man macht eben die Emissionen in Russland weiter schon in dem Bewusstsein, nur denjenigen Teil unterzubringen, der sich in die von der Regierung abhängigen privaten und öffentlichen Depositeninstitute hineinzwängen lässt, während im übrigen die Notenpresse und das Portemonnaie der Alliierten für die Erfordernisse der Kriegführung erhalten müssen. Inzwischen wächst der Notenumlauf ins Ungeheuerliche; laut letztem Ausweis betragen die Zettel der russischen Staatsbank bereits mehr als 7760 Mill. Rbl., ungeahnt die sonstigen papiernen Geldzeichen, welche von der Finanzverwaltung direkt im Umlauf sind.

Was England betrifft, so interessiert der Erfolg der letzten Kriegsfinanzierungsmassnahme, die Ausgabe der 6%igen Schatzscheine, welche sowohl auf der Insel wie im Ausland berechtigtes Aufsehen erregt hat. Die Placierung dieser Titres betrug in der ersten Woche 20 500 000 Pfund, in der zweiten 16 900 000 und in der dritten nur 13 000 000, eine Skala, die eigentlich keine besondere Eegeisterung für das neue Papier erkennen lässt. Dieser Eindruck wird bestätigt, wenn man liest, dass die 6%igen Schatzscheine an der Londoner Stock Exchange bereits mit 99½ umgesetzt werden. Es scheint, dass diese edle Körperschaft, welche in der Behandlung der deutschen Mitglieder einen bis zur Hysterie gesteigerten Chauvinismus zeigt, bei der Einschätzung der heimischen Kriegsemissionen die kühle Nüchternheit nicht verloren hat. Für den englischen Finanzminister bedeutet es jedenfalls ein bedenkliches Fiasko, wenn er selbst bei dieser unerhörten

Konzession, der Ausgabe 6%iger Schatzbons, nur noch zögernd Gefolgschaft findet.

Vor allem scheint seine hauptsächlichste Spekulation, diese Bons im neutralen Ausland, besonders in Amerika, in grossen Summen unterzubringen, mehr oder minder fehlzuschlagen. Tatsächlich muss auch die Aufnahme-freudigkeit bei den amerikanischen Vettern stark ins Wanken geraten, wenn die bedeutende englische Finanzzeitschrift „Statist“ in ihrem Artikel vom 16. September darauf hinweisen muss, dass bei einer längeren Andauer des Krieges die Aufrechterhaltung der Goldzahlungen seitens der Bank von England in Frage steht. Wenn auch die englische Regierung durch offiziöse Ergüsse in anderen Blättern diese Offenherzigkeit zu verwischen sucht, so wird doch durch solche Geständnisse die Neigung der Amerikaner, auf Sterling lautende englische Schatzscheine zu erwerben, keineswegs gefördert. Da die Yankees aber, wie wir schon neulich ausführten, zur Aufrechterhaltung des Kriegs-

geschäfts wohl oder übel den Alliierten weiter borgen müssen, ziehen sie die Gewährung von Dollaranleihen vor. So ist es England neuerdings wieder gelungen, 300 000 000 \$ drei- und fünfjährige 5½% ige Obligationen zu plazieren, welche dem amerikanischen Publikum mit 98% angeboten werden sollen. Abgesehen von dem 5½% igen Zinssatz und dem Disagio muss wiederum von England eine Sicherheit von 120% des Anleihebetrages in amerikanischen und anderen neutralen Werten gestellt werden, die auch bei Kursrückgang des Depots stets auf dieser Höhe gehalten werden muss, ein Beweis, wie tief der englische Kredit bereits gesunken ist. Es ist bezeichnend, dass die britischen Blätter die Bedingungen dieser Anleihe günstiger als die der letzten 5% igen von 250 000 000 \$ nennen. Trifft das zu, so müssen damals ganz besonders schwere Leistungen dem Schuldner auferlegt worden sein, von denen der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden ist.

Justus

Plutus-Archiv. Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schluss-termin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aktienbrauerei Karlsburg, Bremerhaven, 20. 11., 17. 11., 27. 10. ● Aktienbrauerei Pforten, Gera (Reuss), 21. 11., 13. 11., 30. 10. ● Aktienbrauerei Saarlouis, Saarlouis, 23. 11., 22. 11., 2. 11. ● Aktiengesellschaft für Bürstenindustrie vorm. C. H. Roegner, Striegau i. Schl., & D. J. Dukas, Freiburg i. B., Striegau, 29. 11., 23. 11., 19. 10. ● Aktiengesellschaft für Verkehrswesen, Berlin, 16. 11., 10. 11., 19. 10. ● Aktien-Gesellschaft für Schlesische Leinen Industrie (vorm. C. G. Kramsta & Söhne), Breslau, 25. 11., 20. 11., 26. 10. ● Aktiengesellschaft Bierbrauerei zum Löwen, Heilbronn/Neckar, 22. 11., 18. 11., 27. 10. ● Aktien-Gesellschaft Gaswerk Backnang, Backnang, 18. 11., 15. 11., 23. 10. ● Aktien-Gesellschaft Görlitzer Nachrichten u. Anzeiger, Görlitz, 11. 11., —, 24. 10. ● Aktiengesellschaft Herzog Logelbach, 11. 11., 7. 11., 21. 10. ● Aktiengesellschaft Jesuitenbrauerei, Regensburg, 27. 11., 25. 11., 23. 10. ● Altenburger Land-Kraftwerke, Altenburg, S.A., 20. 11., 16. 11., 30. 10. ● Amberger Bierbrauerei, Aktiengesellschaft (zum Franziskaner-Kloster), Amberg, 16. 11., —, 19. 10. ● Amperwerke Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, München, 24. 11., 21. 11., 28. 10. ● Anklamer Bergschloss-Brauerei Aktien-Gesellschaft, Anklam, 11. 11., 8. 11., 23. 10. ● Apenrader Aktien-Brauerei-Gesellschaft, Apenrade, 18. 11., 10. 11., 21. 10. ● „Archimedes“, Aktien-Gesellschaft für Stahl- und Eisen-Industrie, Berlin, 21. 11., 16. 11., 28. 10. ● Augsburger Buntweberei vorm. L. A. Riedinger, Augsburg, 24. 11., 21. 11., 23. 10.

Badische Lederwerke, Karlsruhe Mühlburg, 25. 11., 22. 11., 26. 10. ● Bank für industrielle Unternehmungen i. L., Frankfurt/M., 16. 11., 13. 11., 16. 10. ● Bau-Aktien-Gesellschaft, Berlin-Lankwitz, 25. 11., 10. 11., 24. 10. ● Bayerische Bierbrauerei Lichtenfels, 18. 11., —, 18. 10. ● Bayer. Brauhaus Pforzheim (A.-G.), Pforzheim, 28. 11., 25. 11., 1. 11. ● Bayerische Immobilien-Gesellschaft, München, 23. 11., 20. 11., 28. 10. ● Bayerische Terrain-Aktiengesellschaft, München, 23. 11., 16. 11., 31. 10. ● Berlin-Neuroder Kunstanstalten, Aktiengesellschaft, Berlin, Berlin, 25. 11., 21. 11., 31. 10. ● Bill-Brauerei A.-G., Hamburg, 25. 11., 24. 11., 2. 11. ● Boden-Aktien-

Gesellschaft Payenthal, Cöln, 25. 11., 20. 11., 3. 11. ● „Brandenburgia“ vorm. Wassmuth & Eisenmenger, A.-G., Brandenburg a. H., 26. 11., 23. 11., 1. 11. ● Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg, 21. 11., 18. 11., 21. 10. ● Brauereigesellschaft zum Engcl, vorm. Chr. Hofmann A.-G., Heidelberg, 22. 11., 18. 11., 24. 10. ● Brauerei Friedrich Jürgens A.-G., Braunschweig, 11. 11., 7. 11., 23. 10. ● Brauerei Paulshöhe vorm. A. Spitta, Schwerin i. M., 27. 11., 23. 11., 25. 10. ● Brauerei Schönbeck, Aktiengesellschaft, Berlin, 27. 11., 23. 11., 1. 11. ● Brauerei W. Senst, Aktiengesellschaft, Potsdam, 20. 11., 16. 11., 17. 10. ● Brauerei Wickbold, Aktiengesellschaft, Königsberg i. Pr., 28. 11., 25. 11., 25. 10. ● Brauerei Zinn A.-G., Berka an der Werra, 21. 11., —, 2. 11. ● Brauerei „Zur Eiche“ vorm. Schweusen & Fehrs in Kiel, Kiel, 16. 11., 12. 11., 23. 10. ● Braunkohlen- und Briket-Industrie A.-G., Berlin, 23. 11., 20. 11., 25. 10. ● Bürgerbräu Ludwigshafen a. Rh., A.-G., Ludwigshafen a. Rh., 21. 11., 18. 11., 1. 11.

„Carlschütte“, Aktien-Gesellschaft für Eisen-giesserei und Maschinenbau, Altwasser i. Schl., 14. 11., 10. 11., 21. 10. ● Chemische Werke vorm. Dr. Heinrich Byk, Berlin, 23. 11., 20. 11., 31. 10. ● Continentale Papiersack-Fabrik A.-G., Krappitz O.-S., 27. 11., —, 25. 10. ● Corpsbaugesellschaft Bavaria, Karlsruhe, 11. 11., —, 23. 10.

Dampf-Bier-Brauerei der Stadt Einbeck, Actien-Gesellschaft Einbeck, 29. 11., 25. 11., 23. 10. ● Danziger Aktien-Bierbrauerei, Danzig-Langfuhr, 15. 11., 12. 11., 27. 10. ● Deutsch-Argentinische Zucker-Plantagen-Aktiengesellschaft Cruz Alta, Hamburg, 20. 11., 18. 11., 30. 10. ● Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auergesellschaft), Berlin, 14. 11., 9. 11., 25. 10. ● Deutsche Seeverversicherungs-Gesellschaft von 1914, Aktien-Gesellschaft, Hamburg, 16. 11., —, 23. 10. ● Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, Bremen, 30. 11., —, 3. 11. ● Dörlinger'sche Achsen- u. Federnfabriken A.-G., Mannheim, 23. 11., 20. 11., 2. 11. ● Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weyer & Co., Düsseldorf, 25. 11., 20. 11., 26. 10.

Exportbierbrauerei Josef Diebels A.-G., Issum, 28. 11., 24. 11., 30. 10.

Frankenhäuser, Aktien-Brauerei, Frankenhäuser (Kyffh.), 26. 11., 21. 11., 26. 10.

Gaswerk Freienwalde (Oder) A.-G., Freienwalde, 10. 11., 7. 11., 23. 10. ● Gaswerk für die vereinigten Hellwegsgemeinden A.-G., Dortmund, 25. 11., 22. 11., 2. 11. ● Gewerbank von Waltershausen i. L., Waltershausen, 8. 11., —, 25. 10. ● Georg Grauert, Aktien-Gesellschaft, Berlin-Stralau, 16. 11., 13. 11., 26. 10. ● Griendtsveen Torfstreu Aktiengesellschaft, Köln, 29. 11., —, 31. 10. ● Gütersloher Brauerei, Actien-Gesellschaft, Gütersloh, 29. 11., —, 24. 10.

Hainer Hütte, Aktien-Gesellschaft, Siegen, 18. 11., —, 23. 10. ● Halvor Breda, Aktiengesellschaft für Wasserreinigung, Apparate- und Dampfkesselbau, Charlottenburg, 15. 11., 11. 11., 28. 10. ● Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hamburg-Amerika-Linie), Hamburg, 16. 11., 14. 11., 28. 10. ● Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei, Linden vor Hannover, 20. 11., 17. 11., 1. 11. ● Hans Hartmann, Aktien-Gesellschaft, Eisenach, 18. 11., 14. 11., 21. 10. ● Helios Elektrizitäts-Aktiengesellschaft i. L., Köln, 12. 12., 6. 12., 23. 10. ● Fr. Hensel & Haenert, Aktiengesellschaft, Halle a. S., 18. 11., 15. 11., 27. 10. ● Hildesheimer Aktienbrauerei, Hildesheim, 23. 11., 21. 11., 23. 10. ● Hofbräuhaus Hanau vorm. G. Ph., Nicolay A.-G., Hanau, 25. 11., 21. 11., 30. 10.

Jüterbogger Strassenbahn A.-G., Jüterbog, 16. 11., 15. 11., 1. 11.

Kaiser-Brauerei, Linden-Ricklingen, 17. 11., 16. 11., 26. 10. ● Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. K. Schrempf, Karlsruhe, 18. 11., —, 2. 11. ● E. L. Kempe & Co., Aktiengesellschaft, Oppach (Amtsh. Löbau), 15. 11., 11. 11., 27. 10. ● Kleinbahn-Aktiengesellschaft Lüben-Kotzenau, 16. 11., —, 30. 10. ● Kleinbahn-Aktiengesellschaft Marienwerder, W. Pr., 18. 11., —, 24. 10. ● Gebrüder Koechlin, Aktiengesellschaft, Mülhausen, 17. 11., 13. 11., 23. 10. ● Königsberger Fleisch- und Viehmarkts-Bank A.-G., Königsberg/Pr., 29. 11., —, 1. 11. ● Königsberger Presshefefabrik, Aktiengesellschaft, Stettin, 20. 11., 16. 11., 27. 10. ● Kösliner Actien-Bierbrauerei, Köslin, 20. 11., —, 1. 11. ● Kriegskredit Cassel, Aktiengesellschaft, Cassel, 25. 11., —, 1. 11. ● Kulmbacher Mälzerei A.-G. v. J. Ruckdeschel, Kulmbach, 25. 11., —, 3. 11. ● Kunstanstalt B. Grosz, Aktiengesellschaft, Leipzig, 13. 11., 9. 11., 28. 10. ● Kunstmühle Knick A.-G., Godramstein i. Rheinpfalz, 22. 11., 17. 11., 26. 10.

Leipziger Spiritfabrik, Leipzig-Eutritzsch, 25. 11., —, 2. 11. ● Lichtenberger Handels-A.-G., Berlin-Lichtenberg, 15. 11., —, 31. 10.

Magnet Motoren A.-G., Berlin-Weissensee, 18. 11., —, 21. 10. ● Mahn & Ohlerich, Bierbrauerei Aktiengesellschaft, Rostock i. Meckbg., 21. 11., 20. 11., 1. 11. ● Mainzer Lagerhaus Gesellschaft, Mainz, 18. 11., —, 30. 10. ● Mälzerei-Actien-Gesellschaft, Hamburg, 14. 11., 6. 11., 23. 10. ● Malzfabrik Hamburg, Hamburg, 18. 11., 16. 11., 24. 10. ● Malzfabrik Schweinfurt A.-G., Oberndorf-Schweinfurt, 23. 11., —, 1. 11. ● Mannheimer Aktienbrauerei „Löwenkeller“, Mannheim, 29. 11., 25. 11., 30. 10. ● Maschinenbau-Aktiengesellschaft Golzern-Grimma, Grimma, 27. 11., 23. 11., 30. 10. ● Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Starke & Hoffmann, Hirschberg i. Schl., 14. 11., 11. 11., 23. 10. ● Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Köln-Kalk, 16. 11., 9. 11., 19. 10. ● Maschinenbau Gesellschaft Heilbronn, 15. 11., —, 28. 10. ● Maschinenfabrik Hasenclever, A.-G., Düsseldorf, 20. 11., 17. 11., 25. 10. ● Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz Kappel, 16. 11., 8. 11., 21. 10. ● Mathis A.-G., Strassburg i. E.-Neudorf, 17. 11., —, 28. 10. ● Medizinisches Warenhaus (Actien-Gesellschaft), Berlin, 28. 11., 25. 11., 1. 11. ● Meisenheim-Schmeissbacher Mälzerei Actien-Gesellschaft, Meisenheim a. Gl., 22. 11., 18. 11., 23. 10. ● Mitteldeutsche Flauschenfabrik A.-G., Unterpeissen, 15. 11., 12. 11., 23. 10.

Nationalbrauerei, Aktiengesellschaft, Duisburg, 17. 11., 13. 11., 26. 10. ● Neu-Grünwald, Aktiengesellschaft für Grundstückverwertung i. L., Berlin, 25. 11., 21. 11., 25. 10. ● Niederrheinische Flachspinnerei, Dülken, 24. 11., —, 1. 11. ● Niederschlesische Elektrizitäts- u. Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft, Waldenburg i. Schl., 14. 11., 10. 11., 21. 10.

Oberbayrische Zellstoff- und Papierfabriken, Aktiengesellschaft, Aschaffenburg, 23. 11., 21. 11., 1. 11. ● Oberhohndorfer Forst-Steinkohlenbau-Verein i. L., Zwickau, 24. 11., —, 1. 11. ● Ohlau'er Kleinbahn Aktien-Gesellschaft, Ohlau, 29. 11., 26. 11., 16. 10. ● Ostpr. Torfstreu-Fabrik, Act.-Ges., Heydekrug, 18. 11., —, 19. 10.

Peniger Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Aktiengesellschaft, Penig, 29. 11., 25. 11., 2. 11. ● Plantor Aktiengesellschaft für Platten-Sprechmaschinen, Berlin, 23. 11., 20. 11., 26. 10. ● Pupcke & Berner, Aktien-Gesellschaft, Halle-Diemitz, 23. 11., —, 30. 10.

J. C. Reinecker, Aktiengesellschaft, Chemnitz, 24. 11., 20. 11., 28. 10. ● Rheinische Aktiengesellschaft für Papierfabrikation, Neuss a. Rh., 17. 11., 10. 11., 18. 10. ● L. A. Riedinger, Maschinen- u. Broncewaaren-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Augsburg, 25. 11., 21. 11., 30. 10.

Sächsische Malzfabrik, Dresden-Plauen, 23. 11., —, 1. 11. ● Sachs. Motoromnibus-Aktiengesellschaft, Lausick, 15. 11., 11. 11., 23. 10. ● „Sarotti“ Chokoladen- und Cacao-Industrie, Aktiengesellschaft, Berlin Tempelhof, 14. 11., 10. 11., 23. 10. ● Siegener Maschinenbau Aktien-Gesellschaft, vorm. A. & H. Oechelhäuser, Siegen, 25. 11., 22. 11., 25. 10. ● Société anonyme des Hauts-Fourneaux et Acidries de Bumelange, St. Ingbert, 23. 11., 12. 11., 3. 11. ● Süddeutsche Juteindustrie, Mannheim-Waldhof, 25. 11., —, 19. 10. ● Sundwiger Eisenhütte, Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Sundwig, Kreis Iserlohn, 18. 11., —, 4. 10.

Schlesische Handels-Bank, Aktiengesellschaft, Breslau, 18. 11., 15. 11., 23. 10. ● Schroedt'sche Brauereigesellschaft, Heidelberg, 11. 11., 8. 11., 27. 10. ● Schwerter Brauerei, Aktienbrauerei, Meissen, 21. 11., —, 28. 10.

Strassenebahn und Elektrizitätswerk Altenburg Sa., 20. 11., 16. 11., 30. 10.

Trierer Walzwerk, Aktiengesellschaft, Trier, 25. 11., 19. 11., 25. 10.

Unionbrauerei, Aktiengesellschaft, Karlsruhe, 21. 11., 17. 11., 23. 10. ● Uelzener Bierbrauerei-Gesellschaft, A.-G., Uelzen, 17. 11., 16. 11., 30. 10.

Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken, Aktiengesellschaft incl. vormals Gustav Becker, Freiburg (Schlesien), 20. 11., 15. 11., 27. 10. ● Vereinigte Grätzer Aktiengesellschaft, Gratz (Bz. Posen), 28. 11., 24. 11., 3. 11. ● Vereinigte St. Georgen- u. Feldschlösschen-Brauerei A.-G., Sangerhausen, 25. 11., —, 31. 10. ● Vereinsbrauerei, Aktiengesellschaft, Hofgeismar, 28. 11., 24. 11., 3. 11. ● Vereinsbrauerei Jüterbog, Aktien-Gesellschaft, Jüterbog, 18. 11., —, 31. 10. ● Victoria-Werke A.-G., Nürnberg, 29. 11., 25. 11., 23. 10. ● Voltomh, Seil- u. Kabel-Werke, A.-G., Frankfurt a. M., 14. 11., 10. 11., 26. 10.

Westfälische Stahlwerke, Bochum, 25. 11., 19. 11., 2. 11. ● Weberei Mulda, A.-G., Mulda, 25. 11., 22. 11., 26. 10. ● A. Wernicke, Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft i. L., Halle a. S., 18. 11., 11. 11., 28. 10. ● Werschen-Weissenfeller Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, Halle a. S., 24. 11., 21. 11., 30. 10. ● Westf. Kupfer- und Messingwerke, Act.-Ges., vorm. Casp. Noell, Lüdenscheid, 25. 11., 18. 11., 24. 10.

Zuckerfabrik Heilbronn, 20. 11., —, 3. 11.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Bochum.

Bilanz am 30. Juni 1916.

Aktiva.	30. Juni 1915		Zugänge		Abgänge		Abschreibung.		30. Juni 1916		M.	Pf.
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.		
I. Kohlenzechen.												
Grubenfelder	11 639 000	—	—	—	—	—	526 000	—	11 113 000	—		
Grubenbaue	21 766 000	—	—	—	—	—	1 015 000	—	20 751 000	—		
Grundstücke	8 767 000	—	229 027	61	2 055	90	319 971	71	8 674 000	—		
Gebäude	2 564 000	—	—	—	—	—	159 000	—	2 405 000	—		
Masch., Kessel												
Pumpen, . .												
elektr. Anl. u.												
Seilbahnen	17 548 000	—	—	—	48 000	—	2 649 000	—	14 851 000	—		
Kohlen-Separa-												
tionen.												
Wäschen u												
Brikettfabr.	6 319 000	—	—	—	—	—	955 000	—	5 364 000	—		
Eisenbahnen												
und Wege	728 000	—	—	—	—	—	52 000	—	676 000	—		
Inventarien	930 000	—	—	—	—	—	930 000	—	—	—		
Kokereien und												
Nebenprod.												
Anlagen	9 145 000	—	12 906	88	22 060	—	1 380 846	88	7 755 000	—		
Wasserleit.	10 000	—	—	—	—	—	9 999	—	1	—		
Ziegeleien	174 454	52	—	—	—	—	40 573	75	133 880	77		
Beamten- und												
Arbeiter-												
Wohnhäuser	15 673 000	—	688 194	94	—	—	658 194	94	15 703 000	—		
Mobilien	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Brikettwerk												
,Dahlhausen	4 413	72	—	—	—	—	4 413	72	—	—		
Beteilig.-Ziff-												
Hasenwinke	300 000	—	—	—	—	—	300 000	—	—	—		
	95 567 869	24	930 129	43	72 115	90	9 000 000	—	87 425 882	77	87 425 882	77
II. Diferdinger												
Hüttenwerke.												
Erzgruben-												
felder	2 195 922	11	—	—	255 672	69	200 000	—	1 740 249	42		
Erzgrubenbau	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Drahtseilbahn	420 000	—	—	—	—	—	120 000	—	300 000	—		
Kalksteinbr.	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Grundstücke	1 850 000	—	—	—	—	—	50 000	—	1 800 000	—		
Hochöfen	8 145 006	—	—	—	—	—	620 006	—	7 525 000	—		
Stahlwerk	920 000	—	1 843 040	62	—	—	258 040	62	2 505 000	—		
Walzwerke	7 310 001	—	—	—	—	—	655 001	—	6 655 000	—		
Werkstätten	20 000	—	—	—	—	—	—	—	20 000	—		
Elektr. Kraft-												
u. Lichtanl.	1 200 000	—	—	—	—	—	435 000	—	765 000	—		
Betriebsgeb.	80 000	—	—	—	—	—	15 000	—	65 000	—		
Beamt.- u. Ar-												
beiterwohn.	1 600 000	—	—	—	—	—	100 000	—	1 500 000	—		
Wasserleitgs-												
anlage	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Eisenbahnen												
und Wege	200 000	—	—	—	—	—	50 000	—	150 000	—		
Dampfkessel	20 000	—	—	—	—	—	—	—	20 000	—		
Gasreinigung	200 000	—	—	—	—	—	50 000	—	150 000	—		
Allg. Neubaut.	2 008 563	67	p. Saïdo	—	1 504 057	19	—	—	504 506	48		
Inventarien	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Lokomotiven												
u. roll. Material	262 888	47	—	—	—	—	46 952	38	215 936	09		
	26 432 385	25	1 843 040	62	1 759 729	88	2 600 000	—	23 915 695	99	23 915 695	99
III. Dortmunder												
Union.												
a) DortmunderVerke.												
Erzgruben-												
felder	1 550 000	—	—	—	318 752	83	231 244	17	1 000 003	—		
Erzgrubenbau	469 000	—	—	—	—	—	269 000	—	200 000	—		
Grundstücke	9 366 731	27	15 536	64	—	—	169 755	83	9 192 512	08		
Hochöfen	12 200 000	—	—	—	—	—	1 900 000	—	10 300 000	—		
Gasreinigung	800 000	—	—	—	—	—	150 000	—	650 000	—		
Elektr. Kraft-												
u. Lichtanl. u.												
Gasgebläse	5 100 000	—	—	—	—	—	480 000	—	4 620 000	—	25 962 512	08
Transport	29 485 731	27	15 536	64	318 752	83	3 220 000	—	25 962 512	08	137304090	84

(Fortsetzung nebenstehend).

Die
Technik
des
Bank-
betriebes

Ein Hand- und Lehrbuch
des praktischen
Bank- und Börsenwesens

von
Bruno Buchwald.

Siebente, verbesserte Auflage.

Das Buch bildet das einzige Werk über das Bank- und Börsenwesen, das einen eingehenden Ueberblick über die Praxis des Bankgeschäfts gewährt. In acht Kapiteln werden die Arbeiten der verschiedenen Bureaus eingehend besprochen. Dabei wird auch den in das Gebiet des Bankwesens eingreifenden wirtschaftlichen Fragen, sowie namentlich den einschlägigen Gesetzen eine ausführliche Darstellung gewidmet.

Preis gebunden 6 Mark.

Zu beziehen von allen Buchhandlungen und von der

Sortiments-Abteilung
des
Plutus Verlag.

Festspiele, Prologe,
Tafelleiter
:: Toaste ::

ernsten und heiteren
:: :: :: Inhalts :: :: ::

Gef. Aufträge unter
O.S. 27 an die Expedition
des „Plutus“ erbeten.

Bilanz am 30. Juni 1916.

Aktiva.	30. Juni 1915		Zugänge		Abgänge		Abschreibung.		30. Juni 1916		M.	Pf.
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.		
Transport	29 485 731	27	15 536 64		318 752 83		3 220 000		25 962 512	08	127304090	84
Stahlwerke	16 000 000						1 800 000		14 200 000			
Walzwerke	7 800 000						700 000		7 100 000			
Werkstätten	450 000						150 000		300 000			
Dampfkessel	70 000						20 000		50 000			
Eisenbahnen und Wege	4 550 000						600 000		3 950 000			
Beamten- und Arb.-Wohnh.	1 000 000						150 000		850 000			
Wasserleitgs.-Anlage	350 000						100 000		250 000			
Räderfabrik	900 000						200 000		700 000			
Brückenbau-Anstalt und Weichenbau	1 000 000						200 000		800 000			
Waggonfabrik	800 000						150 000		650 000			
Allgemeine Neubauten			6 933 041	73					6 933 041	73		
Inventarien	431 396	17							431 396	17		
Lokomotiv. u. roll. Material	300 000						60 000		240 000			
Beteil.-Ziff. a. Verb. sowie Kundschaft	1 500 000						1 500 000					
b) florater Werke.												
Grundbesitz	787 298	05					5 000		782 298	05		
Hochöfen	700 000						100 000		600 000			
Elekt. Licht- u. Kraftanl.	20 000						5 000		15 000			
Eisenbahnen	20 000						10 000		10 000			
Schraubenfab.	100 000						10 000		90 000			
Federnfabrik	28 000						3 000		25 000			
Achsenfabrik	7 000						2 000		5 000			
Dienst- und Wohngeb.	130 000						15 000		115 000			
c) Rothe Erde.			1 235 000						1 235 000			
	66 428 425	49	8 183 578	37	318 752 83		9 000 000		65 294 251	03	29 331 735	95
W. Friedrich Wilhelms-Hütte.									450 000			
Hüttengrdst.	450 000								450 000			
Baugrundstck. u. Wohnung.	450 000						50 000		400 000			
Hochöfen	4 300 000		27 547 81				427 547 81		3 900 000			
Giessereien	6 000 000		98 809 26				628 809 26		5 470 000			
Maschinenbauanstalt	1 300 000						150 000		1 150 000			
Eisenbahn-anl.	460 246	23	23 816 43				94 162 48		389 900	18		
Elektr. Kraft- u. Lichtanl.	140 000						20 000		120 000			
Kokerei	1 900 000						200 000		1 700 000			
Gaskraftanl.	1 900 000		29 480 45				229 480 45		1 700 000			
Gruben	1								1			
	16 900 247	28	179 653 95				1 800 000		15 279 901	18	15 279 901	18
V. Nordseewerke.									264 690			
Grundstücke	290 000				25 310				480 000			
Gebäude	480 000		59 513 45				59 513 45		480 000			
Maschinen	740 000						100 000		640 000			
Werftanlagen	90 000						40 000		50 000			
Dock	300 000						50 000		250 000			
Fahrzeuge	15 000						5 000		10 000			
Hellinganlage	1 700 000						100 000		1 600 000			
Eisenbahnen, Wege- u. Kai-anlage	320 000						120 000		200 000			
Arbeiterwohn-häuser	631 929	87					25 486 55		606 343	32		
Werkzeuge	1								1			
Inventarien u. Mobilien	1								1			
Modelle	1								1			
Div. Neuanlag			193 348 58						193 348			
Transport	4 566 932	87	252 862 03		25 310		500 000		2 294 484	90	4 294 484	90
											196210212	87

(Fortsetzung umstehend).

Wie mache ich mein Testament ohne Rechts-anwalt und ohne Notar? Das Erbrecht.

Gemeinverständliche Darstellung des Gesetzes nebst zahlreichen Testamentsentwürfen und -Beispielen.

Verfasser **Hans Lustig**, kaufmännisch. Sachverständiger.

Jeder ist auf Grund dieses Buches in der Lage, ohne Beihilfe von Rechtsanwalt und Notar, ein rechtsgültiges Testament selbst anzufertigen.

Preis nur Mk. 1.10.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die

Sortiments-Abteilung des Plutus-Verlag, Berlin.

Adolf Schustermann
Zeitungsnachrichten - Bureau
Berlin SO.16
: Spreepalast :

Größtes Nachrichten-Bureau mit Abteilungen für Bibliographie, Politik, Kunst, Wissenschaft, Handel und Industrie. Liest neben Tageszeitungen des In- und Auslandes die meisten Revuen, Wochenschriften-, Fach-, illustrierte usw. Blätter.

Das Institut gewährleistet zuverlässigste und reichhaltigste Lieferung von Zeitungsausschnitten für jedes Interessengebiet.

Prospekte gratis.

Bilanz am 30. Juni 1916.

Aktiva.	30. Juni 1914		Zugänge		Abgänge		Abschreibung		30. Juni 1915				
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
Transport											196210212	87	
Best. an Materialien i. Bochum, Differdingen, Dortmund, Horst, Mülheim-Ruhr und Emden . . .											7 029 404	41	
Best. an Fabriken in Bochum, Differdingen, Dortmund, Horst, Mülheim-Ruhr und Emden . . .											15 596 808	32	
Kauttionen M. 7492179.07													
Bürgschafts-Debitoren M. 10795350.—													
M. 18287529.07													
Kasse											373 349	26	
Wechsel											55 116	90	
Wertpapiere											3 682 034	07	
Beteiligungen													
Beteil. a. Gew. Tremonia 995,7 Kuxe											5 069 406	12	
Beteiligung an der Saar- u. Mosel-Bergwerksges. Karlingen											4 485 898	20	
Debitoren: Banken											10 407 952	44	
Verschiedene										5 172 936	41		
										54 010 039	79	59 182 608	20
											302092793	79	
Passiva.					M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
Aktien-Kapital											130000000	—	
Fundierte Schulden:													
40% Teilschuldversch. d. fr. Akt.-Ges. Zeche Dannenbaum v. J. 1897, rückzahl. zu 103% ab Tilgung			1 000 000	—			977 000	—					
4 1/2 % Schuldverschreibungen v. J. 1902 (Dannenbaum), rückzahlbar zu 102% dazu neu emittierte			6 342 000	—				—					
ab Tilgung M. 96 000.—			23 000	—				—					
Stücke in eigenem Besitz „ 462 500.—			558 500	—	5 806 500	—							
4 1/2 % herabges. Schuldversch. v. J. 1902 (Differdingen) rückz. z. Nennwert ab Tilgung			5 761 400	—			5 696 800	—					
ab Tilgung M. 50 000.—			64 600	—				—					
40% Partial-Darl.-Urk. der früh. Gewerkschaft Friedlicher Nachbar v. Jahre 1900 rückzahlbar zu Nennwert			1 000 000	—			928 500	—					
ab Tilgung M. 21 500.—			71 500	—				—					
Stücke in eigenem Besitz „ 21 500.—			71 500	—	928 500	—							
40% Teilschuldversch. der früh. Gewerkschaft Friedlicher Nachbar v. Jahre 1901 rückzahlbar zum Nennwert			600 000	—				—					
ab Tilgung M. 40 000.—				—			549 500	—					
Stücke im eig. Besitz „ 10 500.—			50 500	—	549 500	—							
4 1/2 % Teilschuldverschreib. v. Jahre 1908 rückzahlbar zu 103%			7 867 000	—			7 727 000	—					
ab Tilgung			140 000	—				—					
4 1/2 % Teilschuldversch. d. fr. Gewerksch. der Zeche ver. Wiendahlsbank v. J. 1894 rückzahlbar zu 103%			387 000	—			358 000	—					
ab Tilgung			29 000	—				—					
Transport					22 043 300	—					130000000	—	

(Fortsetzung nebenstehend.)

Die Unternehmungsformen

mit besonderer Berücksichtigung des Genossenschaftswesens

Broschiert M. 2.50. Von Prof. Dr. Rob. Liefmann Gebunden M. 3.50.

Das neue Werk ist für den Volkswirtschaftler, Industriellen, Kaufmann, Bankier, Geschäftsleiter, überhaupt für jeden, der im modernen wirtschaftlichen Leben steht, unentbehrlich.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die

Sortiments - Abteilung des Plutus Verlag, Berlin W. 62, Kleiststr. 21, I.

Bilanz am 30. Juni 1916.

	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Transport			22 043 300				130000000	
4 1/2 % Teilschuldversch. d. fr. Gewerksch. der Zeche ver. Wiendahlsbank v. J. 1909 rückzahlbar zu 102 %	2 850 000	—						
ab Tilgung M. 100 000,—								
Stücke in eigenem Besitz „ 820 000.—	920 000	—	1 930 000	—				
4 1/2 % herabges. Teilschuldversch. der früher. Union vom Jahre 1900 (Hanse-mann) rückzahlbar zum Nennwert	4 443 000	—						
ab Tilgung	188 500	—	4 254 500	—				
4 % Partialobl. d. früh. Unio v Jahre 1893 rückzahlbar zum Nennwert	1 567 000	—						
ab Tilgung	108 500	—	1 458 500	—				
4 1/2 % Teilschuldversch. der früheren Union vom Jahre 1908, rückzahlbar zu 103 %	15 188 000	—						
ab Tilgung	282 000	—	14 906 000	—				
5 % Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1914, rückzahlbar zu 103 %	—	—	25 000 000	—				
5 % Teilschuldversch. von 1908 des früh. Eisenwerks Ro he Erde, rückzahlbar zu 102 %	750 000	—						
ab Tilgung	64 000	—	686 000	—				
Genussscheine d. früheren. Gewerkschaft Kaiser Friedrich	10 317 90	—			70 280 540	64		
ab Tilgung	8 077 26	—	2 240 64	—				
Hypoth. a. Arbeiterhäuser u. Grundstücke abzügl. Hypoth. z. unseren Gunsten			10 935 012 21	—	10 701 444 46	—	80 981 985 10	—
Unfundierte Verpflichtungen:								
Löhne					3 976 434	06		
Kreditoren					35 932 422	51		
Rückstellg f. genossenschaftl. Beiträge					1 012 357	49		
Aufgelaufene Obligationen-Zinsen					1 401 553	69		
Noch nicht eingereichte, ausgeloste Schuldverschreibungen					150 500	—		
Rückständige Dividenden					6 540	—		
Rückständige Genussscheintilg.-Raten					1 312 25	—	42 481 120	—
Beamten- u. Arbeit.-Unterstützungsfonds							192 270	30
Delkredere-, Hochöfen-Erneuer.-Fonds- und Rückstellungs-Konto							1 462 279	18
Union-Stiftung							279 599	99
Reservefonds							34 644 055	51
Avale M. 7 492 179.07								
Bürgschaften „ 10 795 350.—								
M. 18 287 529.07								
Rückstellung für Talonsteuer							490 163	—
Kriegskosten-Rückstellung							1 500 000	—
Verfügb. Gewinn, einschl. M. 322 578.88							10 061 320	71
Gewinn-Vortrag aus 1914/15								
							302092793	79

Soll.				Gewinn- und Verlust-Konto am 30. Juni 1916.				Haben.			
	M.	Pf.			M.	Pf.			M.	Pf.	
Obligation. u. Hypotheken-Zins.	3 702 555	18	Vortrag aus 1914/15		322 578	88			38 070 828	44	
Steuern	1 729 531	43	Betriebsüberschüsse								
Abschreibungen	22 900 000	—									
Gewinn	10 061 320	71									
	38 393 407	32							38 393 407	32	

Bochum, den 30. Juni 1916.

(6230)

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.

Der Vorstand:

R. Eigenbrodt. Knepper. Knupe. Sellge. Vögler. Wirtz.

Nachdem in der Generalversammlung der Aktionäre am 31. Oktober 1916 die Dividende unserer Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1915/16 auf 7% für die Aktien Nummer 1—130000 festgesetzt worden ist, erfolgt die Einlösung des bezüglichen Gewinnanteilscheines mit je M. 70.— von heute an bei unseren Gesellschaftskassen in Bochum, Dortmund, Differdingen und Mülheim-Ruhr,

in	Berlin	bei der	Bank für Handel und Industrie,
"	"	"	Deutschen Bank,
"	"	"	Direktion der Disconto-Gesellschaft,
"	"	"	Dresdner Bank,
"	"	"	Nationalbank für Deutschland
"	Köln	dem	A. Schaaffhausen'schen Bankverein

(Fortsetzung umstehend).

sowie bei deren sämtlichen Niederlassungen,

Rechtsfragen des täglichen Lebens

für Gebildete aller Stände an Beispielen erörtert von Geh. Justizrat Prof. Dr. Franz Bernhöft.

Heft 1: Vom Finden. 80 Seiten. 1.20 Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die
Sortiments-Abteilung des Putz Verlag, Berlin W. 62, Kleiststr. 21, I.

V

in	Köln	bei	Deichmann & Co.,
"	"	"	Sal. Oppenheim & Cie.,
"	Elberfeld	" der	Bergisch-Märkischen Bank,
"	Essen	" "	Essener Credit-Anstalt und deren Niederlassungen in Bochum und Dortmund,
"	Frankfurt/M.	"	Ferdinand Hauck,
"	Hamburg	" "	Vereinsbank in Hamburg,
"	Leipzig	" "	Norddeutschen Bank in Hamburg,
"	Luxemburg	" "	Allgemeinen Deutschen Creditanstalt und deren Abteilung Becker & Co.,
"		"	Internationalen Bank in Luxemburg.

Bochum, den 1. November 1916.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.

Der Vorstand.

Knupe, Knepper.

Die auf **20 pCt.** festgesetzte Dividende gelangt sofort mit **M. 200.** — pro Dividendenschein Nr. 7 der Aktien Nr. 1—3750 u. Dividendenschein Nr. 6 der Aktien Nr. 3751—7500 bei der **Gesellschaftskasse** in Hönningen am Rhein, in Berlin bei der **Commerz- und Disconto-Bank**, bei der **Deutschen Bank, Berlin**, oder deren Niederlassungen in **Cöln und Koblenz** oder bei der **Direktion der Disconto-Gesellschaft** oder deren Filiale in **Koblerz**, bei der **Nationalbank für Deutschland**, in Cöln bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** in Cöln zur Auszahlung. [6528]

Hönningen am Rhein, den 20. Oktober 1916.

**Chemische Fabrik Hönningen und vormals
Messingwerk Reinickendorf N. Seidel Aktiengesellschaft.**

Der Aufsichtsrat: Eugen Landau, Vorsitzender.
Der Vorstand: Dr. Kircheisen.

„Der Oesterreichische Volkswirt“

Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen
mit der Beilage **„Die Bilanzen“.**

Herausgeber und Redakteur
Walther Federn.

Angesehenste, reichhaltigste und ver-
breitetste volkswirtschaftliche Wochen-
schrift Oesterreich-Ungarns. ==

Jahres-Abonnement 24 K., mit der Beilage
„Die Bilanzen“ 36 K. ==

Probenummern auf Verlangen gratis.

Redaktion und Administration Wien IX/1.,
Porzellangasse 27, Telefon 22 143. Postspar-
kassenkonto 21 177. Postzeitungsliste 3418a.

Wo baue ich?

„Die Bauwelt“ gibt in allen Bau-, Terrain- und Finanzfragen in allgemeinverständlicher Darstellungsweise wertvolle Auskünfte und Anregungen. 1 mal wöchentl. erscheinende reichillust. Zeitschrift. Vierteljäbrl. M. 2.—. Verlag Ullstein & Co., Berlin SW. 68.

In zweiter, auf Grund der endgültigen Gesetze umgearbeiteter Auflage (Die Gesetztexte enthaltend) erschien:

Kriegssteuern und Bilanzen

von **Ernst Waib**, Prof. d. Privatwirtschaftslehre
Preis 2 Mark 80 Pf.

Das Werk ist für alle Kontore grösserer Betriebe, für Bücherrevisoren und für Buchhalter, die mit den Kriegsbilanzen und Kriegssteuern zu tun haben, wärmstens zu empfehlen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Sortiments-Abteilung des „**Plutus-Verlag**“, Berlin W. 62, Kleiststr. 21.

Louis David, Bankgeschäft,

Bonn a. Rhein, Bahnhofstrasse 3.

An- und Verkauf von Wertpapieren, Kuxen und
Obligationen des Kohlen-, Kali- und Erzmarktes.

DAS BANKGESCHÄFT

von Dr. **GEORG OBST**

Bankdirektor a. D., Dozent an der Handelshochschule Leipzig

I. Band:

Verkehrstechnik u. Betriebseinrichtungen

II. Band:

Bankpolitik

Jeder Band geheftet M 12.—, gebunden M 13.50

* * *

M. FÜRSTENBERG schreibt über das Buch in der Bankbeamten-Zeitung vom 23. Jan. 1915: „Zusammenfassend darf gesagt werden, daß Dr. Obst in seinem neuen Werk jedem, der einen Überblick über das Bankwesen und einen Einblick in das innere Getriebe gewinnen will, ein wirklich guter Wegweiser ist. Eine derartig übersichtliche Darstellung alles dessen, was sachlich und menschlich im Bankgewerbe vor sich geht, ist meines Wissens bisher nicht gegeben worden, und man kann daher das Buch mit gutem Gewissen empfehlen.“

Verlag von Carl Ernst Poeschel * Leipzig

Berliner Elektrizitäts-Werke.

Die Herren Aktionäre werden auf Grund der §§ 19 ff. der Satzungen zu der

am Donnerstag, den 23. November d. J., vormittags 11 Uhr,

im **Sitzungsaal der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, Friedrich - Karl - Ufer 2-4,** stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen. Der Besitz von je nom. 500 M. Aktien gibt das Recht auf eine Stimme. Die Aktionäre, die an dieser Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien mit doppeltem Nummernverzeichnis oder Hinterlegungsscheine der Reichsbank, der Bank des Berliner Kassen-Vereins oder eines deutschen Notars **bis zum 17. November d. J. einschl.** bei

- | | |
|--|--------------|
| der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, | |
| Bank für Handel und Industrie, | |
| Berliner Handels-Gesellschaft, | |
| Deutschen Bank, | |
| Direction der Disconto-Gesellschaft, | in Berlin, |
| Dresdner Bank, | |
| Nationalbank für Deutschland, | |
| dem Bankhause S. Bleichröder, | |
| Delbrück Schickler & Co., | |
| Hardy & Co. G. m. b. H. | |
| der Deutschen Bank, Filiale Aachen, | in Aachen, |
| Dresdner Bank, Filiale Aachen, | |
| Rheinisch - Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G. | |
| Dresdner Bank, Filiale Breslau, | in Breslau, |
| dem Bankhause E. Heimann | |
| der Filiale der Bank für Handel u. Industrie, | |
| Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, | in Frankfurt |
| Direction der Disconto-Gesellschaft, | a. M., |
| Dresdner Bank, | |
| dem Bankhause Gebrüder Sulzbach | |
| der Deutschen Bank, Filiale Köln, | |
| Rheinisch - Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G., | |
| dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein | in Köln, |
| A.-G., | |
| dem Bankhause A. Levy, | |
| Sal. Oppenheim jr. & Cie. | |
| der Allgemeinen Deutschen Credit Anstalt, | |
| Bank für Handel und Industrie, Filiale | in Leipzig, |
| Leipzig, | |
| Deutschen Bank, Filiale Leipzig, | |
| Dresdner Bank | |
| der Bank für Handel und Industrie, Filiale | |
| München, | in München, |
| Deutschen Bank, Filiale München, | |
| Dresdner Bank, Filiale München | |
| der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich, Basel | |
| und Genf | |

gegen Empfangnahme einer Legitimation in den üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen. Der Geschäftsbericht kann vom 3. November d. J. ab im **Geschäftslokale der Gesellschaft, Berlin, Dorotheenstr. 11,** eingesehen werden.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz und Gewinn- und Verstrechnung sowie des Geschäftsberichtes für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916.
2. Beschlussfassung über Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Wahl von Revisoren für das Geschäftsjahr 1916/17.

Berlin, im Oktober 1916.

Der Aufsichtsrat der Berliner Elektrizitäts-Werke.

Hugo Landau,
Vorsitzender.

[6530]

Maler-Rothschild.

Handbuch der gesamten
Handelwissenschaften.

Neue illustrierte Ausgabe.

PLUTUS VERLAG, Berlin W. 62, Kleiststr. 21

Harpener Bergbau - Aktien - Gesellschaft Dortmund.

Die für das Geschäftsjahr 1915/16 auf 12% festgesetzte Dividende kann sofort gegen Einlieferung des Dividendenscheines Nr. VII bzw. 61 [6535]

mit Mk. 144,— je Aktie zu Mk. 1200,—
" " 120,— " " " " 1000,—
" " 72,— " " " " 600,—

bei den nachbezeichneten Stellen erhoben werden:
in Berlin bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
" " " **Bank für Handel und Industrie,**
" " " **Deutschen Bank,**
" " " **Dresdner Bank,**
" " " **dem Bankhause C. Schlesinger-Trier & Co.,**
" **Cöln** " " **Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
" " " " **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,**
" **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.,**
" " " " **Dresdner Bank,**
" " " " **Filiale der Bank für Handel und Industrie,**
" **Hamburg** bei der **Deutschen Bank, Filiale Hamburg,**
" " " " **Dresdner Bank,**
" " " " **Filiale der Bank für Handel und Industrie,**
" **Elberfeld** " **dem Bankhause von der Heydt-Kersten & Söhne,**
" **Dortmund** bei der **Essener Credit-Anstalt, Gesellschaftskasse**
Dortmund, den 28. Oktober 1916.

Der Vorstand:
Kleine,
Generaldirektor.

Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart.

Soeben erschienen:

Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland.

Herausgegeben von

Dr. Alfred Bozi und Dr. Hugo Heinemann
Richter in Bielefeld. Rechtsanwalt in Berlin.

Beiträge:

G. Bamberger, G. Bernhard, Th. Brauer, v. Campe, A. Cohen, H. Dieck, W. Franz, M. v. Hagen, W. Heine, H. Heinemann, A. Hoffmeister, O. Jöhlinger, E. Lederer, Th. Leipart, K. v. Lillenthal, H. Lindemann, W. Marx, A. Müller, F. Niebergall, A. Pappritz, H. Preuß, W. Rein, F. Riß, C. Severing, R. Wissell.

Lex. 8^o. 1916. VIII und 403 Seiten.
Geheftet M. 6.—; kartoniert M. 6.80.

... Es weht ein frischer Zug durch alle diese Abhandlungen, die schier ausnahmslos gute und brauchbare, vom Geiste unserer Zeit diktierte Vorschläge bringen und auch erfreulicher Weise die Dinge beim Namen nennen. Wir können daher das wertvolle Buch allen Personen empfehlen, die sich für diese Umwandlungsprozesse in unserem rechtlichen und sozialen öffentlichen Leben interessieren. Reich an Anregungen und Zukunftsdeutungen wird jedermann das Buch aus der Hand legen. (Augsburger Postzeitung.)

Mannesmannröhren-Werke.

Rechnungsabschluss auf den 30. Juni 1916.

Vermögen.	M.	Pf	M.	Pf
Kassenbestand			53 887	62
Bankguthaben			26 825 938	23
Wertpapiere	15 543 779	28		
Abschreibung	291 596	01	15 252 183	27
Schuldner			23 384 959	35
Guthaben bei der Verkaufsgemeinschaft			5 092 645	67
Beteiligungen	57 298 737	58		
Abgang	20 694 658	65	36 604 078	93
Grundstücke:				
Bestand am 1. Juli 1915	M. 6 889 272,42			
Zugang	5 777 351,20			
Bestand am 30. Juni 1916	M. 12 666 623,62			
Abschreibung	67 448,23	12 599 175	39	
Haupt-Verwaltungsgebäude	M. 1 649 074,14			
Abschreibung	68 295,92	1 580 778	22	
Fabrikanlagen:				
Bestand am 1. Juli 1915	M. 23 702 849,99			
Zugang	5 232 258,57			
Bestand am 30. Juni 1916	M. 28 935 108,56			
Abschreibung	2 871 938,96	26 063 169	60	
Bergwerks-Gerechtsame:				
Zugang 1916	M. 11 054 048,63			
Abschreibung	150 000,—	10 904 048	63	
Bergwerks-Betriebs-Anl.:				
Zugang 1916	M. 10 160 894,48			
Abschreibung	402 542,28	9 758 352	20	60 905 524 04
Patente:				
Bestand am 1. Juli 1915	M. 1,—			
Zugang	19 596,50			
Bestand am 30. Juni 1916	M. 19 597,50			
Abschreibung	19 596,50		1	
Vorräte				
Bürgschaften	M. 1 860 597,94		5 299 450	49
			173 418 708	60

Schulden.	M.	Pf
Aktien-Kapital	72 000 000	—
Anleihen	28 600 500	—
Beleihungen auf Grundstücke, Beamten- und Arbeiter-Wohnhäuser und Restkaufpreise	3 083 893	19
Gesetzliche Rücklage	17 868 307	04
Rücklage II	2 594 483	25
Rücklage für Beamten- und Arbeiter-Wohlfahrt	2 945 000	—
Rücklage für Aussenstände	1 000 000	—
Rücklage für Bergschäden	691 117	45
Rücklage für Erneuerungsscheine	388 416	—
Rücklage für Aufgeld von Anleihen	48 000	—
Rücklage für Kriegsgewinn sowie Umsatz- und Wertzuwachssteuer	3 700 000	—
Gläubiger	11 155 982	09
Schulden bei der Verkaufsgemeinschaft	5 092 645	67
Spareinlagen	3 546 615	12
Rückständige Löhne, Gefälle der Walzwerks- und Knappschafts-Berufsgenossenschaft und Steuern	1 954 934	18
Bürgschaftsausgleich	M. 1 860 597,94	
Gewinn	18 748 814	61
	173 418 708	60

Gewinn- und Verlust-Rechnung auf den 30. Juni 1916.

Soll.	M.	Pf
Allgemeine Handlungs-Unkosten:		
Steuern, Gehälter, Miete, Heizung, Beleuchtung und Kraft, Bureaubedarf, Porto und Depeschen sowie Gewinnanteile für die Verwaltung in Düsseldorf und für die Werksleiter und Beamten	4 791 610	03
Anleihe-Zinsen und Aufgeld	1 046 486	24
Umsatz- und Wertzuwachssteuer sowie Rücklage für Kriegsgewinnsteuer	3 700 000	—
Rücklage für Aussenstände weitere Erhöhung	787 338	39
Abschreibungen:		
Abschreibungen Düsseldorf, Remscheid, Bous, Rath I, Rath II, Saarbrücken, Huckingen, Gelsenkirchen und Zeche Königin Elisabeth	3 871 417	90
Reingewinn	18 748 814	61

Verteilung.	M.	Pf
1. 4 % Dividende auf M. 72 000 000 Aktien	M. 2 880 000,—	
2. Ueberweisung an Rücklage II	849 366,21	
3. Rückstellung für Erneuerungsscheine	150 000,—	
4. Ueberweisung an Rücklage für Beamten- und Arbeiter-Wohlfahrt	255 000,—	
5. Rücklage für Betriebsumstellung auf Friedenserzeugung	1 700 000,—	
6. Rückstellung für Kriegsschäden	1 000 000,—	
7. Rückstellung für Errichtung einer „Kriegswohlfahrts-Stiftung“	1 000 000,—	
8. Rückstellung für Spenden zu allgemeinen Kriegswohlfahrtszwecken	500 000,—	
9. Satzungsgemässe Vergütung an den Aufsichtsrat	416 842,10	
10. 11 % Mehrdividende auf M. 72 000 000 Aktien	7 920 000,—	
11. Vortrag auf neue Rechnung	2 077 606,30	
	M. 18 748 814,61	
	32 945 667	17

Haben.	M.	Pf
Vortrag aus 1914/15	1 761 490	43
Roh-Gewinn 1915/16	31 184 176	74
[6537]	32 945 667	17

Unlautere Geschäftsformen im Bankiergewerbe

und ihre rechtliche Beurteilung mit besonderer Berücksichtigung des

Bucketshop = Systems

von

Rechtsanwalt Dr. Arthur Nussbaum.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von der

Sortimentsabteilung des Plutus Verlag

W. 62, Kleiststr. 21 I.